

Danziger Volksstimme

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 10.— Mk., vierteljährlich 30.— Mk., Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720

Einzelgenpreis: Die 8-spaltige Zeile 3.— Mk. von auswärts 4.— Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegenheiten nach bes. Tarif, die 3-spaltige Reklamzeile 9.— Mk. von auswärts 12.— Mk. Bei Wiederholung Rabatt, Annahme bis früh 9 Uhr. — Postfachkonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 69

Mittwoch, den 22. März 1922

13. Jahrgang

Danzig-polnischer Notenwechsel.

Der Generalkommissar der polnischen Republik hatte Anfang März an den Senat eine Note gerichtet, in der er im Namen Polens gegen verschiedene Neuierungen des Senators Jewelowski anlässlich der im Februar geschlossenen Danzig-polnischen Verhandlungen protestiert. Der Danziger Senat hat 14 Tage Zeit gebraucht, um auf den polnischen Protest zu antworten. Der Senat erklärt in seiner Antwortnote, daß der vom Senator Jewelowski gegebene Bericht durchaus den Tatsachen entspreche. Plucinski hatte in seiner Note erklärt, daß das Erstaunen Jewelowskis über die angeblichen Verhandlungen von polnischen und englisch-französischen Kapitalisten um so weniger berechtigt sei, als Danzig selbst ohne Vertändigung mit Polen Fühlung mit fremden Finanzgruppen genommen habe. Dazu erklärt die Antwortnote des Senats:

Die Annahme, daß von einem Vertreter der Danziger Regierung ohne Vertändigung mit Polen einseitig eine Fühlungnahme mit fremden Finanzgruppen unternommen worden sei, ist unzutreffend. Es haben bisher und zwar auf Einladung der Verteilungskommission nur einmal Verhandlungen in Paris stattgefunden, von denen die polnische Regierung unterrichtet und bei denen die polnische Regierung amtlich durch einen Vertreter betätigt war. Der Vertreter der polnischen Regierung hat damals noch ausdrücklich festgestellt, daß seine Regierung und er wünschten, in diesen Fragen zunächst ein Einvernehmen zwischen Polen und Danzig herzustellen, ehe mit fremden Gruppen und mit der Verteilungskommission verhandelt werde. Dieser Erklärung hat der Vertreter des Danziger Senats in aller Form und mit dem Ausdruck seiner Genehmigung zugestimmt. Der Danziger Senat ist auch immer entsprechend verfahren.

Die Vertretung Ihrer Hochwürdigkeiten, daß die von polnischer Seite angeregten Verhandlungen auf keinen Fall irgendwelche Verpflichtungen oder Bindungen für Danzig enthalten sollen, steht in Widerspruch zu der in Warschau abgegebenen Erklärung des Vertreters der polnischen Regierung. Es ist ausdrücklich in Warschau erklärt, daß zwischen ihm und den fremden Gruppen eine Einigung hergestellt sei und wenn Danzig sich dieser Einigung nicht füge, so würde Danzig keine Aufträge für Reparaturen von Lokomotiven und Wagen mehr erhalten.

Nach dem Genfer Abkommen sollen je 45 Prozent der Kapitalsanteile an der Aktiengesellschaft zum Betriebe der Eisenbahnhauptwerkstätte von Danzig und Polen und 10 Prozent vom Ausland aufgebracht werden. Nun hat Polen versucht, das Ausland auch für Ausführung der Polen zuzustehenden Anteile zu gewinnen, und der Generalkommissar Plucinski hatte in seiner Protestnote besonders hervorgehoben, daß Polen hierzu das Recht habe und daß das wirtschaftliche Leben Danzigs durch Heranziehung ausländischen Kapitals nur eine Förderung erfahren würde. Dazu schreibt der Senat in seiner Antwortnote:

Es ist in der Neuierung des Herrn Senator Jewelowski niemals bestritten worden, daß die Verfügung über die 45 Prozent, der nach dem Genfer Abkommen zustehende Anteil an der Eisenbahnhauptwerkstätte lediglich der polnischen Regierung zusteht. Es ist nur behauptet worden, daß die Vorschläge des Vertreters der polnischen Regierung eine Umgehung des Genfer Abkommens über die Eisenbahnhauptwerkstätte darstellen würden. Diese Erklärung ist auch dem Vertreter der polnischen Regierung persönlich gegeben worden, ohne daß er ihr widersprochen hätte. Der rechtmäßige Eigentümer der Eisenbahnhauptwerkstätte ist nach der Entscheidung des Herrn Oberkommissars der Hafenausschuß. Wenn nach dem Vorschlag des polnischen Regierungsvertreters das ausländische Kapital über das Höchstmaß der in Genf vereinbarten Beteiligung von 10 Prozent auf mehr als die Hälfte heraufgesetzt werden soll, so bedeutet dies tatsächlich den Uebergang der Majorität an auswärtige Gruppen.

Zum Schluß kommt der Senat auf die von Polen vorgeschlagene Organisation der beiden Danziger Betriebe (Werft und Eisenbahnhauptwerkstatt) zu sprechen. Polen hatte für die Leitung eine fünfjährige Zuzug vorgeschlagen. Dazu erklärt die Senatsnote, daß diese den wirtschaftlichen Verhältnissen der Freien Stadt Danzig nicht gerecht wird. Die beiden Betriebe einer einheitlichen Leitung zu unterstellen und auch einer Interessengemeinschaft näherzutreten, war Danzig bereit. Wenn die Danziger Vertreter die polnischen Vorschläge als wirtschaftlich unhaltbar haben ablehnen müssen, so sollte hierdurch niemand getroffen werden. Es müßte aber Danziger Vertretern gestattet sein, auf wirtschaftliche Unmöglichkeiten, auch in schärfster Form, hinzuweisen.

Diese sachliche durchaus zutreffende Stellung des Senats hat bestätigt, was wir schon bei der Uebersetzung der Note Plucinskis schrieben, daß diese näm-

lich sehr überflüssig war. Es hat sich gezeigt, daß zwischen polnischen bürgerlichen Diplomaten und der Adelsclique im deutschen Auswärtigen Amt in der Führung der auswärtigen Geschäfte ihrer Staaten kaum ein Unterschied ist. Diese Diplomaten glauben nämlich, daß ihre Hauptaufgabe darin bestehe, neben der Repräsentation hin und wieder eine Note im Interesse ihres Landes loszulassen. Den Interessen der Bürger ist mit solcher diplomatischen Tätigkeit nicht gedient.

Französische Militärdiktatur in Memel.

Vor einigen Tagen wurde die sozialistische „Memeler Volksstimme“ wegen Veröffentlichung von Raritäten Poincarés und französischer Generale verboten. Jetzt ist der Schriftleiter Stahl des Blattes ausgewiesen worden. Das Gewerkschaftskartell beschloß, laut „Memeler Dampfboot“, eine Urabstimmung über einen eventuellen Generalstreik als Protest gegen die Maßnahmen des Oberkommissars.

Das von Deutschland losgelöste Memel ist noch schlimmer dran als Danzig. Neher sein weiteres Schicksal hat die Entente noch immer nicht entschieden. Man weiß nicht, ob man es an Litauen oder Polen verschachern soll, oder ob man ihm eine Freistaatsherrschaft gibt. Inzwischen aber errichtet der französische Generalkommissar im Memelland eine brutale Militärdiktatur.

Revolverattentat in Paris gegen den Gesandten Chinas.

Der chinesische Gesandte in Paris Chen-Ru wurde gestern, als er sich kurz nach Mitternacht in Begleitung seiner Frau und eines befreundeten Ingenieurs der chinesischen Bahn von einer Gesellschaft nach Hause begeben wollte, durch eine auf ihn abgefeuerte Revolverkugel verletzt. Der Chauffeur glaubte, daß ein Reifen geplatzt sei und fuhr noch ungefähr 50 Meter weiter. Der Gesandte ließ den Wagen halten und dann bis zu der Stelle zurückfahren, wo die Schülfe gefallen waren. Er fand dort den chinesischen Konsul Sitkin vor, der zusammen mit dem Gesandten die Abendgesellschaft verlassen und den Täter gesehen hatte. Nach der Aussage Sitkins hat ein Chinese die Revolverkugel auf das kleinere hintere Fenster und die rechte Seite des Wagens abgegeben und darauf die Flucht ergriffen. Der Gesandte mußte in ein Krankenhaus gebracht werden, wo die Kugel durch eine Operation entfernt wurde.

Der chinesische Student Li-Ho-Sing, der gestern abend auf das Automobil des chinesischen Gesandten in Paris Chen-Ru einige Revolverkugeln abgegeben hatte, hat sich heute der Polizei gestellt. Der im Wagen des Gesandten befindliche Delegierte für die Konferenz in Genua Tsang-Hu ist verletzt worden. Der Attentäter erklärte, über die Gründe zu seiner Tat befragt, daß der chinesische Gesandte in Paris sich gegen die Chinesen in Paris zu wenig wohlwollend gezeigt habe.

Die Reparationsleistungen Deutschlands für 1922.

Die Agence Havas meldet, die Reparationskommission hat einstimmig die von Deutschland im Jahre 1922 für das Reparationskonto und für die Besatzungsheere zu leistenden Zahlungen auf 720 Millionen Goldmark in bar und auf 1450 Millionen Goldmark in Sachlieferungen festgesetzt. Ebenso hat die Kommission einen einstimmigen Beschluß gefaßt über die Bedingungen und Garantien, die Deutschland als Gegenleistung für den ihm vorläufig bewilligten teilweisen Zahlungsausschub aufzuerlegen sind.

Wie der „Temps“ berichtet, hat die französische Delegation bei der Reparationskommission ihre Zustimmung zu dem Moratorium für das Jahr 1922 von der Einrichtung strenger Garantien und der Organisation einer wirksamen Kontrolle der deutschen Finanzen abhängig gemacht. Die letztere muß sich beziehen 1. auf die Ausgaben des deutschen Budgets, 2. auf dessen Einnahmen, 3. auf die Tätigkeit der Reichsbank, 4. auf den Devisenverkehr.

Lloyd George stellt die Vertrauensfrage.

Zu englischem Unterhaus erklärte Chamberlain, daß Lloyd George vor der Abreise zur Konferenz von Genua im Unterhause eine Abstimmung über die

Politik der Regierung auf der Konferenz stattfinden lassen werde. Lloyd George wird am 3. April die Ansicht des Hauses über die Politik der Regierung bezüglich der Genuaer Konferenz einholen. Ein Antrag wird dem Parlament unterbreitet werden, worin die Frage gestellt wird, ob die Regierung in dieser Angelegenheit das Vertrauen des Hauses bestzue oder nicht. Das gesamte Haus wird anerkennen, daß es für den Premierminister unumgänglich sein würde, nach Genua zu gehen, wenn irgendein Zweifel bezüglich seiner Autorität bestände.

Beteiligung der Sozialdemokratie an den ungarischen Wahlen.

Der Ausschuß der ungarländischen sozialdemokratischen Partei beschloß, an den bevorstehenden Nationalversammlungswahlen teilzunehmen.

Bekanntlich hat die ungarische Horthy-Regierung dem Lande jetzt ein Wahlrecht aufoktroziert, das dem ehemaligen Junkerwahlrecht in Preußen nicht viel nachsteht. An den Wahlen im Jahre 1910 hatte die Sozialdemokratie nicht teilgenommen, da damals brutalste Militärdiktatur jede freie Meinungsäußerung unumgänglich machte.

Der deutsche Botschafter in Washington.

Der Reichspräsident ernannte den Geheimrat Dr. Wiedefeld zum Botschafter in Washington, nachdem die amerikanische Regierung das Abgremment erteilt hatte.

Die Neugliederung Deutschlands.

Zu den politischen Fragen, die in allen Parteien heiß umstritten sind, gehört der Artikel 18 der Reichsverfassung, der die Vorschriften für eine Neugliederung des Reiches enthält. Der Artikel ist nach heftigsten Kämpfen als Kompromißfassung zustande gekommen, aber die Verfassung konnte nur dadurch eine Mehrheit finden, daß dieser Artikel über die Veränderung der Grenzen der Einzelstaaten erst zwei Jahre nach dem Abschluß des Verfassungswerkes in Anwendung kommen sollte. Man wollte die revolutionäre Periode zunächst vorüberlassen und wieder ruhige Zustände eintreten lassen, ehe man die Bevölkerung zu einer Abstimmung über die Vostrennung vom bisherigen Bundesstaat und den Anschluß an ein anderes Land aufrief.

„Geistreiche“ reaktionäre Kommentatoren der Reichsverfassung, wie der Berliner Staatsrechtslehrer Professor Bornhag, haben damals die böshafte Glosse niedergeschrieben, so alt werde die Weimarer Verfassung ohnedies nicht werden. Diese allzu klugen Herren haben sich gründlich getäuscht. Rängst sind die dem Abschluß des Weimarer Wertes mehr als zwei Jahre ins Land gegangen, aber das Verfassungswerk von Weimar steht heute fester als je. Nur das Ausführungsgesetz zum Artikel 18, das Reichsschulgesetz, das Gesetz über die Präsidentenwahl und eine ganze Menge ähnlicher Ausführungsgesetze sind noch rückständig. Aber kein Thema wird so heftig umstritten sein, wie die Neugliederung des Reiches.

In der Tat — die deutsche Republik ist auf dem ersten Blick ein merkwürdiges Gebilde. Neben dem Reich, das heute zu zahlreichen anderen Hoheitsrechten auch die Eisenbahnen und die Finanzhoheit übernommen hat, steht ein Land Preußen, das für sich allein mehr als drei Fünftel des Reiches umfaßt. Den Rest des Reiches bilden eine ganze Anzahl von Ländern sehr verschiedenen Umfanges und sehr verschiedener Bedeutung. Kann dieses halbfertige Großstaatsgebilde Preußen auch in der deutschen Republik fortbestehen bleiben oder ist es ein Fremdkörper, der in seine Bestandteile aufgelöst werden muß, damit die überragende Bedeutung des Reiches unanfechtbar gesichert wird?

Wie gesagt, es gibt keine Partei in Deutschland, welche in dieser Frage einheitlich entscheidet. Die bayerische Volkspartei ist ausgesprochen föderalistisch; sie tritt für die Rechte der Einzelstaaten und gegen die Reichseinheit auf. Die Sozialdemokratie ist ausgesprochen zentralistisch; ihr Endziel ist die eine große unteilbare deutsche Einheitsrepublik. Aber selbst von dieser grundverschiedenen Auffassung aus führt kein gerader Weg zu dieser oder jener Lösung des Problems Preußen. Gerade das ist innerhalb der Sozialdemokratie die Streitfrage: ob die Verschlagung Preußens

die Reichstheile über den oder gelassen würde. Gerade darüber sind die Sozialisten uneinig, ob Preußens Verfassung die Stellung der anderen Einzelstaaten stärken oder sie alle zusammen einflusslos machen würde.

In Vollzugsbestrebungen steht es innerhalb und außerhalb Preußens nicht. Hamburg möchte seinen Hafen wesentlich erweitern, nach Eibenau, auf Kosten preussischer Gebiete. Auch Bremen erstrebt ein Groß-Bremen, und Lübeck will sich mit der oldenburgischen Provinz Stade vereinigen. In Hannover sind es die Welfen, die ein freies Niedersachsen als ihr politisches Hauptziel ansehen. Und in der Rheinprovinz leugnen sehr weite Kreise jede innere Gemeinschaft mit Preußen. Die Entscheidung des Reichstages über Obersachsen hat nicht nur die Erhebung des Reiches von Obersachsen, sondern auch die von ganz Sachsen zu einem selbständigen Bundesstaat als aktuelles Problem ausgestellt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß, wenn die Preußenfrage erst einmal ins Rollen kommt, der Stein nicht mehr aufhalten ist.

Steht aber für alle Sozialdemokraten das eine fest, daß das deutsche Interesse als das Interesse der deutschen Arbeiterklasse allen einzelstaatlichen Ueberlieferungen und Sonderwünschen voranzustellen ist, so ist es offenbar, wie gefährlich eine Verfassung Preußens im gegenwärtigen Augenblick wäre. Die selbständige Rheinprovinz bedeutete die Auslieferung des Rheins an Frankreich, den Triumph extremster französischer Gewaltpolitik, die Befestigung und Vollendung des Vertrages von Versailles. Deshalb haben alle rheinischen Parteien erklärt, auf die Anwendung des Artikels 18 verzichten zu wollen, solange der Feind das Land besetzt.

Ist diese Entscheidung aber für Rheinland richtig, dann bindet sie auch jedes andere preussische Gebiet. Denn jede Fortsetzung von Preußen würde den Separatisten im Rheinland eine mächtige Unterstützung leisten. Solange der Zusammenhalt nach außen das wichtigste ist, ist für die große innere Neugliederung nicht Raum.

In einem Kommentar zum Artikel 18 der Reichsverfassung, der in diesen Tagen erscheinen soll, erläutert der Schöpfer der Reichsverfassung, Professor Preuß, seinen Sinn dahin, daß die Neugliederung dadurch als notwendig, zugleich aber als im Augenblick undurchführbar anerkannt worden sei. Diese Undurchführbarkeit besteht auch gegenwärtig noch fort. Preußen ist keine dauernde, jedenfalls aber eine gegenwärtige Notwendigkeit.

Die unmögliche Nachprüfung der Kriegsvergehen

Auf der 10. internationalen Konferenz des Roten Kreuzes vor etwa einem Jahr in Genf war die Einsetzung einer Kommission beschlossen worden, welche die während des Weltkrieges von den beiden kriegsführenden Parteien gegeneinander erhobenen Beschuldigungen wegen Verletzungen der Genfer Konvention nachprüfen sollte. Die kriegsführenden Länder sollten bis zum 15. Oktober 1921 dem internationalen Komitee vom Roten Kreuz ihr Anklagematerial einreichen, damit es der Kommission zur Prüfung unterbreitet werde. Diese sollte die von beiden Kriegsparteien gegeneinander erhobenen Beschuldigungen vor einem neutralen Forum zum Austrag bringen. Dies ist jedoch gescheitert. Das deutsche Rote Kreuz hat das deutsche Anklagematerial in Form einer Denkschrift dem internationalen Komitee in Genf fristgemäß übermittelt. Angeblich ist gleiches nur noch von Seiten des Roten Kreuzes eines anderen kriegsführenden Landes geschehen. Das internationale Komitee hat nun den

Roten Kreuz-Verbänden ein Rundschreiben übermittelt, in dem es erklärt, daß es sich außerstande sehe, den Konfliktentscheid durchzuführen. In dem Rundschreiben wird als Begründung für diesen Rückzug angeführt, daß, da die Jungen in alle Welt verstreut oder verschwunden und da auch die anderen Beweismittel zum Teil vernichtet seien, es nicht mehr gelingen werde, den Sachverhalt einwandfrei festzustellen. Außerdem würde es beim Spruch der Kommission an Beweisen fehlen, weil die betreffenden kriegsführenden Staaten ihn nicht anerkennen und eine Bestrafung der für schuldig erkannten Personen ablehnen würden.

Unsere „objektive“ Justiz.

200 Mark wegen Mordbege.

Dieser Tage ist der Schriftleiter des „Volkslichen Tagesblattes“ in Spandau wegen eines Festartikels anlässlich der Ermordung Erzbergers, überschrieben: „Ausschaffung! Das zweite Opfer: Gelmutz v. Gerlach!“, mit der furchtbaren Strafe von 200 Mark bedacht worden.

Man kann also immerhin eine Besserung der Justiz feststellen. Der deutschvölkische Rechts mußte nämlich, als er in seinen Blättern zur Ermordung von fünf namhaft aufgeführten Pazifisten aufgefordert hatte, pro Kopf nur 120 Papiermark bezahlen. Allerdings hat jedoch die Geldwertwertung mittlerweile derartige Fortschritte gemacht, daß die scheinbare Besserung der Justiz von 120 Mark auf 200 Mark pro Kopf bei Aufforderung zum Mord dadurch wieder illusorisch gemacht ist.

Drei Monate Gefängnis wegen Beleidigung eines volksparteilichen Abgeordneten.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ berichtet triumphierend, daß ein Verleumder des volksparteilichen Abgeordneten Professor Kahl zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist. Ueber die Begründung dieser hohen Strafe teilt sie mit:

Das Gericht ging über den Antrag der Staatsanwaltschaft hinaus und begründete sein Urteil damit, daß der Gehelmrat Dr. Kahl ein reiches öffentliches Leben hinter sich habe, aber beleidigt worden sei, nur weil er zur Deutschen Volkspartei gehöre; die Ehre solcher Beleidigten müsse ein deutsches Gericht mehr schützen als ein anderes Gut.

Wenn diese Ausführungen besagen sollen, daß die im öffentlichen Leben stehenden Staatsmänner, Politiker allgemein einen verstärkten Schutz gegen grundlose Beleidigungen genießen müssen, so könnte man ihnen beipflichten. Doch scheinen die preussischen Richter auf dem Standpunkt zu stehen, daß unter „solchen Beleidigten“, deren Ehre besonders geschützt werden müsse, nur Männer, die der Deutschen Volkspartei, bzw. den Rechtsparteien angehören, zu verstehen sind. Folgender Gerichtsfall gibt dafür die Bestätigung:

„Die Qualität der Minister nicht mehr so wie früher.“

Die „S. A.“ berichtet:

Vor einem sächsischen Schöffengericht wurde dieser Tage über eine Beleidigungsklage entschieden, die der preussische Innenminister Genosse Severing gegen ein deutschnationales Blatt angestrengt hatte. Die erhobenen Vorwürfe erwiefen sich als eitel Erfindung; wie gewöhnlich, konnte nicht einmal der Versuch eines Wahrheitsbeweises gemacht werden. Das Urteil lautete auf 250 Mark Geldstrafe. Die Geringfügigkeit der Strafe begründete das Gericht damit, daß ja heute die Qualität der Minister nicht mehr so sei wie früher. Heute könne jeder Handwerker Minister werden.

Der volksparteiliche Politiker wird vom Verzug mit besonderem Schutz umgeben, weil er im öffentlichen Leben steht, der sozialdemokratische Minister für einen Mann von geringfügiger Ehre erklärt, weil er Arbeiter gewesen ist. Kann die „Objektivität“ und „Unparteilichkeit“ einer angeblich streng sachlichen Rechtsprechung sich selbst ein besseres Zeugnis ausstellen?

Sozialistischer Studentenkongress.

Auf Einladung der Leipziger und Berliner Ortsgruppen tagten im Leipziger Volkshaus vom 15. bis 17. März die sozialistischen und kommunistischen Studentengruppen Deutschlands und Oesterreichs. Ziel der Tagung war von vornherein ein Zusammenschluß der beiden Richtungen. Außer einer Anzahl von Gästen hatten die beiden sozialistischen Richtungen 27 Delegierte entsendet, die Kommunisten 24. Stimmberechtigte Vertreter waren von den Hochschulen Wien, Graz, Berlin, Leipzig, München, Kiel, Halle, Jena, Heidelberg, Frankfurt, Marburg, Düsseldorf, Bonn, Hamburg und Rostock vertreten, außerdem überbrachten im Namen der kommunistischen Studenten Vertreter von der Tschechoslowakei, Bulgarien, Rumänien, Griechenland, Jugoslawien, Bessarabien, Ungarn und Norwegen dem Kongress ihre Grüße und die besten Wünsche für die Verhandlungen.

Die hauptsächlichsten Referate „Organisationsfragen prinzipieller Natur“ (Ref. Stammer-Leipzig, SPD.; Korref. Weib-Berlin, SPD.), „Student und Proletariat“ (Ref. Schiffel-Leipzig, USP., Korref. Junt-Prag, SPD.), „Student und Wissenschaft“ (Ref. Wittfojel-Berlin, SPD.), „Jugendbewegung“ (Ref. Kuhn-Magdeburg, SPD., Korref. Lebed-Berlin, SPD.), „Hochschulpolitik“ (Ref. Jacobs-Berlin, SPD., Korref. Preller-Dresden, SPD.) mit anschließender Debatte nahmen den größten Teil der ersten beiden Verhandlungstage in Anspruch. Der dritte Tag war mit Kommissionsberatungen angefüllt, deren Ergebnisse dann das Organisationsstatut und Aktionsprogramm des neugegründeten Bundes waren.

Der Kongress brachte die einheitliche Wahl des Vorstandes, der sich proportional der vertretenen Stimmen aus 7 Mehrheitssozialisten und Unabhängigen und 5 Kommunisten zusammensetzt: Stammer, Wänden, Reventlow (SPD.), Schiffel, Seeger (USP.), Dr. Wiener, Gudohn (Oesterreich), Bergmann, Jacobs, Hartwig, Wittfojel und ein weiterer Genosse (SPD.).

Die Vermittlungsaktion Calonder's.

Gestern begann Präsident Calonder seine Vermittlungsaktion zwischen den deutschen und polnischen Bevollmächtigten bei den oberschlesischen Verhandlungen, die jedoch gleichzeitig noch ihre unmittelbaren Verhandlungen miteinander fortsetzen. Dabei gelang es, in einem der weniger schwierigen Streitpunkte, der Frage des Verkehrs über Kreuzburg, eine Einigung zu erzielen. Bleiben mehrere Bemühungen des Präsidenten ergebnislos oder ist eine Einigung auf der ganzen Linie nicht zu erreichen, so wird für die ungelösten Fragen am Donnerstag mittag das vorgesehene Schiedsverfahren einsetzen.

Beschlagnahme der Kirchenschätze in Rußland.

Nach Mittermeldungen werden in ganz Rußland gegenwärtig die Schätze der Kirchen und Klöster beschlagnahmt. Im Jurgewälzkloster in Nowgorod allein sind Gold, Silber und Brillanten im Werte von 1 Million Goldrubel eingezogen worden. Nach in Moskau eingetroffenen Berichten wurden zahlreiche Kirchen und Klöster von Diebesbanden geplündert.

Ich bin das Schwert!

Roman von

Kunemarie von Rathjans.

(68.)

(Fortsetzung.)

Alle anderen so alltäglich, so banal, in eiller Pose, oder mit Orden geschmückt, so gleichgültig, so uninteressant. Und dieser eine —

Es hieß von ihm, daß er einsam auf seinen Jagden lebe. Was lag in diesen Worten! Sie waren so rätselhaft. Er mißte sich nicht in den Prunk und Glanz des Lebens — hatte auch er eriaht, wie eitel und hoch er war? Ich konnte mich nicht entsinnen, ihn je auf Feiten gesehen zu haben, auf denen all die anderen sich drängten.

Wenn er der wäre, von dem ich so oft geträumt? Ein wahrhaft furchtliches Herz, ein großes, starkes, stilles Herz, das mich verstand?

Sich düstete die sommerliche Erde, und das Lied des Vogels war so voll tiefer Wärme, tiefen Weids.

O Leben, liebes, heiliges, nimm mich wieder auf. Nimm mich hin, ich breite dir meine Arme entgegen, meine schmerzberete Brust. Nimm mich wieder auf und stell mich in Reih und Glied mit den Auserwählten deiner Schar! Mich und mein gutes Schwert.

Und so schrieb ich denn in jener Nacht bei Kerzenlicht meinen phantastischen Brief an den ernten Mann mit den stillen, weitabgesehenen Augen. Der Wunderglaube stärkte mein Herz, und die Lore des Zauberartens öffnete sich, wo die blaue Blume auf einsamer Wiese steht. Wer sie in Schmerzen und Tränen pflückt, den taucht sie in das glückliche Licht seliger Erlebnisse.

Am nächsten Morgen brachte mein Page den Brief zur Post. Mein Page? Er war es noch nicht, aber er hatte all sein Ersparnis geopfert, um mit seinem Mietswagen zu mir zu kommen, deren Adresse er endlich erfahren hatte.

Für ihn gab es keinen größeren Stolz, als die Herrin, das Fräulein vom Schloß zu fahren. Alle die Proben mit Gellinzel und Gellinper, mit und ohne neuem Wappen auf jeder Wolljade, jedem Fingerringel, hielten ihn nicht, im-

nierten ihm nicht. Veringschätzig suchte er die Käse, wenn er von ihnen sprach.

Aber vor meinem dünnen, schabigen Kleidschen nahm er tief seine Mütze ab, stand wartend am Schlag und fragte vor Freude und Glück.

„Was meinst du, Halstan, wir besuchen Mutter Kersten bald?“ Und unser beiden Augen füllten sich mit Tränen.

Das war meine erste Fahrt in die Genesung und in das neugewonnene Leben hinein.

Lieber Türmer!

Noch im Krankenhaus trafen mich Ihre Rosen und Ihr lieber, schmerzlicher Brief. Ich glaube, daß, wenn Sie von meiner Not gewußt, Sie allen Groll vergessen und mir beigegeben wären. Ja, das glaube ich!

Aber nun, lieber Türmer, ist auch dies Leiden vorüber, ich bin erlöst! Vielleicht, weil mir trotz aller Grauen und Schmerzen, trotz Kampfschrei und Empörung der Wunderglaube meiner Kindheit blieb. Tief innen, irgendwo tief verborgen hat er geblüht und erkand in einer stillen, seltsamen Stunde zu helles Blut. Und dieses Blut erwärmte, durchleuchtete ein anderes Herz, erweckte es zu einem Tun, mächtigem und fabelhaft.

Der Name Hohenhausen ist jedem Kind in Deutschland bekannt. Nicht wahr?

Nach ich das Bild des Herzogs in einem Blatt unter anderen Standesgenossen. Es hob sich so menschlich in meinem Sinn heraus unter all den leeren Masken. So würdig in der Reife und Vollkommenheit des Alters. Es verfolgte mich in meiner Not und ließ mich nicht los. Ich schrieb ihm, lieber Türmer, einen tollkühnen Brief — und danach verlaßte ich alle Hoffnungen, die ich auf ihn gesetzt hatte.

Es wäre doch zu wahnwitzig gewesen, wenn er mich verstanden hätte auf ein paar Wäutern Papier!

Türmer — er hat mich verstanden. Er hörte den Schrei, er fühlte den Glauben, er begriff mein Tun. Er verstand meinen Kampf, meinen Haß, der Feudalherr, der Mann des alten Regiments verstand den Stolz meines Herzens, die Lust am Wagen, die Bereitschaft zu neuem Glauben, zu einem neuen Leben, fern von der Schmach und Gebundenheit des alten.

Wie weise muß dieser Mann geworden sein in der Einsamkeit seiner Wälder. Er dankte mir! Und überschüttete mich mit Segen, wie einst der Himmel das arme Sternentalerchen!

Wir standen erst vernichtet da, Ganter und ich, das Licht kam mit einer Plöblichkeit, die schmerzte. Allmählich, ganz allmählich gewöhnten wir uns daran. Und dann kam auch die Arbeitskraft wie ein Segen vom Himmel geschickt, nicht mehr die elende Notstandsblume, sondern ein üppiges Pflanzchen voll Sonne und Gut.

Gerettet — lieber Türmer!

In diesem Sommer gehe ich einher wie ein Kind, das seine Heimat wieder fand — wie ein Vorkische, der schon verdurstend plötzlich am Wege eine schattige Herberge sah.

Nun weiß ich es: Der Glaube, nur der Glaube, der Berge verleiht, ist die Triebfeder, ist das Vollbringen auf dieser Welt, er ist die beste, tiefste Kraft. Nur der Glaube schenkte mir diesen Freund!

Ich wende mich nun dem Land der Sonne zu, wo ich ganz genesen soll. In einem Jahr aber kehre ich zurück mit einer vollendeten Arbeit in der Tasche. Dann wird mein erster Weg nach Falkenhain sein, und danach feiern wir bei Mimi Strahfurt, der Vielgetreuen, ein frühliches Wiedersehen.

Und wenn das Laub sich färbt und Hubertus nahe ist, dann, lieber Türmer, setzen wir uns im Sattel zurecht. Ich muß es wieder hören, mein geliebtes Lebenslied, die Hörner im Wald, das Schmauchen der Tiere, das frachende Holz unter den Hufen. Bei solch einem Ritt tief im Leuchten der Wälder daheim, da mißte das Herz einem einstens stillstehen.

Das wäre doch ein rechter Tod für einen fahrenden Rittermann wie mich.

Es grüßt Sie

Ihre Renate Falkenhain.

Dem unbekanntem Freunde!

Ich stand heute auf den Klippen vor Porto fino. Dort las ich den mir Lieben und kostbaren Brief. Er war wie eine warme Hand, die nach der meinen faßte. Kann man sich so erkennen und hat sich doch nie gesehen? Stolge und einsame Herzen können es, sie, die nur die Scheu verlieren, wenn sie im Dunkel bleiben dürfen. Auf dem lauten Markte wären wir vielleicht kalt aneinander vorübergegangen.

(Fortsetzung folgt.)

Abgestufte Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise.

Ermäßigte Dauerkarten für Schüler und Lehrlinge. — Einschränkung der Unterrichtszeit der Fortbildungsschule. — Erhöhung der Kanalgebühren.

Stadtverordnetenversammlung

am Dienstag, den 21. März 1922.

Nach Eröffnung der Sitzung teilt Stadtverordnetenvorsteher Keruth mit, daß der Stadtv. Grobelski (Pole) sein Amt niedergelegt hat. Ein Bericht über die Bestandsaufnahme bei der städtischen Hinterlegungskasse gab zu Einwendungen keinen Anlaß. Nach den Vorschlägen des Wahlschusses wurden alsdann u. a. gewählt: Frau Gertrud Berthmer, 4. Damm 7, als Waisenspflegerin für die 6. Kommission; Uhrmacher Oskar Formell, Langfuhr, Hauptstr. 44, zum Bezirksvorsteher für den 86. Bezirk; Mäckermeister Georg Worf, Weibengasse 62, und Fleischermeister Gustav Mack, Weibengasse 6, zu Armen- und Waisenspflegern der 16. Kommission; Prokurist Wodo v. Knobelsdorff, Fischmarkt Nr. 87/88, und Schneidermeister Adolf Kalusch, Burgstraße Nr. 19 a, zu Armenpflegern der 7. Kommission; Frau Jenny Janzen, Langfuhr, Bahnhofsstraße 4, als Armen- und Waisenspflegerin für die 24. Kommission; Frau Meta Schröder, Schildli, Unterstraße 67, Steuererheber a. D. Hermann Friedrich, Schildli, Karthäuser Straße 86, Lehrer Karl Medische, Karthäuser Straße 75 und Lehrer Leo Schulz, Karth. Str. 75 als Armenpfleger der 27. Kommission. Die Aufsicht über die 38. Kommission (Heubude) führt Stadtv. Gen. Lehmann. Eine Anzahl Jahresrechnungen wurde ohne Debatte entlastet.

Annahme einer Erbschaft.

Am 30. Dezember 1921 verstarb zu Danzig der Kaufmann und Stadtrat Albert Neumann. Er hat zu seiner alleinigen Erbin die Stadtgemeinde Danzig eingesetzt mit der Bestimmung, daß diese das nach der Verichtigung der eingeleiteten Vermögensstücke und Renten verbleibende Vermögen „für die Verbesserung der Pflege der Säuglinge und gewordenen Mütter“ verwendet. Der Nachlaß besteht aus Hypotheken im Gesamtwert von 815 000 Mk., Effekten im Nennwert von 415 000 Mk., Barguthaben 228 280 Mk., ausstehende Wechselforderungen 35 000 Mk., Mobilnachsatz im Taxwert von 192 075 Mk. Die Erbschaft ist mit Leibrenten in Höhe von jährlich 46 200 Mk. und mit einmaligen Legaten in Höhe von 140 000 Mk. belastet.

Der Senat empfahl die Annahme des Vermächtnisses. Stadtverordnetenvorsteher Keruth widmete dem Verstorbenen anerkennende Worte; das Haus hörte die Rede stehend an. Es wurde alsdann beschlossen, das Vermächtnis anzunehmen.

Die Erhöhung der Straßenbahnfahrpreise.

Stadtv. Roggenbuck und Gen. beantragte die Linie Werder Tor wieder in Betrieb zu nehmen. Unabhängige und Kommunisten beantragten ferner, daß der Fahrpreis Dpikstraße—Langfuhr denselben Satz behält, wie die Strecke Langfuhr—Halbe Allee. Weiter sollte an der Haltestelle Dpikstraße eine Perroninsel angelegt werden. Ein deutsch-nationaler Antrag verlangte, daß für Studenten ermäßigte Fahrpreise festgesetzt werden.

Stadtv. Dr. Herrmann (D.P.) erstattete Bericht über die Ausschüßverhandlungen und empfahl die Annahme der Vorlage. Es müsse grundsätzlich dafür gesorgt werden, daß das Unternehmen sich selbst trägt. Kohlenpreiserhöhung und Lohnaufbesserungen machten die Preiserhöhung notwendig. Der Verkehrsausschuß habe die Vorlage eingehend geprüft und beschlossen, zur Vereinfachung des Betriebes nur 4 Fahrpreisklassen festzusetzen. Diese habe man dann abgerundet. Die Schülerfahrkarten sind von der Erhöhung ausgenommen worden. Gegen eine eventuelle Vergünstigung für Studenten sei nichts einzuwenden. Redner bat, alle anderen Anträge abzulehnen. Die Inbetriebnahme der Werder Tor Linie würde einen Zuschuß von 800 000 Mk. verlangen. Für den

Bau der Straßenbahn nach Heubude

seien die Chancen besser geworden. Es besteht nunmehr die Pflicht an das Projekt heranzugehen.

Stadtv. Dr. Thun (Z.) war mit den Preisvorschlägen des Ausschusses nicht einverstanden. Dadurch würde die Linie Danzig—Langfuhr um 90 Prozent, Langfuhr—Brüsen um 70 Prozent, die Linien nach Dhra, Emaus und Neufahrweg auf 120 Prozent erhöht. Das sei eine ungerechtfertigte Belastung der ärmeren Volksschichten. Redner beantragte, daß alle Fahrpreise um 100 Prozent erhöht werden, ohne Abrundung. Schüler- und Studentenkarten sollten davon nicht betroffen werden. Alle übrigen Abänderungsanträge seien unannehmbar.

Stadtv. Max (U.S.P.) sprach gegen die Vorlage. Sie sei nur leichtfertig begründet. Zu den Berechnungen der Straßenbahngesellschaft habe er kein Vertrauen. Es sei sonderbar, daß die Linien nach den Vororten mit ärmerer Bevölkerung stärkere Preiserhöhungen haben sollen, als die Linien nach den Vororten besser sitzierter Bevölkerung. Redner sprach sich gegen die Vergünstigung für Studenten aus und trat dafür ein, daß die Linie Werder Tor wieder in Betrieb gesetzt wird.

Senator Runge erklärte, daß die Straßenbahngesellschaft eine Erhöhung der Preise um 100 Prozent beantragt habe. Im Ausschuß sei dann die Abmildung erfolgt. Es sei jedoch Wunsch der Straßenbahngesellschaft die Preise für Langfuhr—Brüsen und Dpikstraße auf eine Mark festzusetzen. Auf Kinderkarten wolle man nur auf 1 Mark erhöhen. Die Straßenbahngesellschaft habe die Vorlage ausreichend begründet. Es sei bedauerlich, daß die Linien sich nicht an den Ausschüßberatungen beteiligt habe. Die Wiederinbetriebsetzung der Linie Kneipab sei unwirtschaftlich und werde

einen Zuschuß von 800 000 Mark erfordern. Neue Ausschüßlinien dürfen aber nicht eröffnet werden, da auch die Fischmarktlinie unwirtschaftlich

arbeite. Die Wagen seien häufig schwach besetzt. Die dadurch entstehenden Kosten müssen von den anderen Linien mitgetragen werden. Der Verkehr bis zur großen Kurve in Langfuhr wird ab ersten April durchgeführt. Die Anträge bezüglich der Haltestelle Dpikstraße bittet Redner abzulehnen.

Stadtv. Jaffe (D.P.) wünscht Schülerkarten für die Schüler der Handwerker- und Fortbildungsschulen. Die Schulverwaltung sei bereit, Ausweise, die nur für Fahrten zur Schule gelten, auszustellen.

Stadtv. Brungen 1 (Dnait.) ist der Ansicht, daß die Fahrpreiserhöhung notwendig ist. Die Vereinfachung bittet er durchzuführen, da es sich nur um unbedeutende Mehrzahlungen handele. Redner trat dafür ein, den Studenten den bisherigen Preis (31 Mk.) weiter zu belassen, diese könnten mit Beihilfen nicht verglichen werden, weil letztere ein Entgelt beziehen. (Heiterkeit links.) Die Eröffnung der Werder Tor Linie werde noch höhere Tarife mit sich bringen.

Stadtv. v. Budzynski (Pole) und Stadtv. der S.P. und U.S.P. beantragen,

identischen Beihilfen beiderlei Geschlechts die gleiche Ermäßigung zu gewähren, wie den Studenten.

Stadtv. Gen. Grünhagen: Eine erträgliche Erhöhung der Fahrpreise sei gerechtfertigt, ob aber auch eine 100 prozentige Erhöhung notwendig sei, darüber könnte man verschiedener Meinung sein. Die Ansicht der Straßenbahnen sei nicht maßgebend. Die Lohnerhöhungen des Straßenbahnpersonals haben mit der Preissteigerung der Fahrpreise nicht Schritt gehalten. Der Lohn ist höchstens um 25 Prozent gesteigert worden, während jetzt eine 100 prozentige Fahrpreiserhöhung verlangt wird. Wenn eine Erhöhung der Fahrpreise eintreten soll, hat die Straßenbahngesellschaft nachzuweisen, daß die Forderung unbedingt notwendig ist. Die Bevölkerung muß auch in der Lage sein, die Mehrbelastung zu tragen. In der Begründung heißt es, daß Maßnahmen für umfangreiche Ausbesserungsarbeiten gemacht werden müssen. Die Allgemeinheit ist nicht verpflichtet die Kosten dafür aufzubringen. Das ist Sache der Aktionäre, denen 7 Prozent Dividende garantiert sind. Außerdem enthält die Vorlage mehr, als eigentlich gefordert wurde. Auch hier handle die bürgerliche Mehrheit wieder nach dem System, die Vorteile für sich in Anspruch zu nehmen, die Lasten jedoch der ärmeren Bevölkerung aufzubürden. Dieser Grundzug geht durch unsere gesamte Verwaltung und Gesetzgebung im Reichsausschuß. Auch hier sollen wieder die Arbeitervororte Dhra, Schildli und Neufahrweg stark belastet werden, während das zahlungsfähige Publikum nur eine geringe Preiserhöhung tragen soll. Wenn Stadtv. der S.P. bei den Ausschüßberatungen gefehlt haben, so sind sie durch wichtige Gründe verstanden worden. Wir haben das Bestreben, an sämtlichen Beratungen teil zu nehmen. Redner glaubt nicht an ein Defizit von 12 Millionen Mark. Es sei möglich, daß die Studenten nicht im Ueberfluß leben. Immerhin sind sie noch besser dran, als viele Arbeiter, insbesondere die Arbeiter, die nicht satt zu essen haben. Die sozialdemokratische Fraktion würde gegen die Vorlage stimmen, weil sie mehr bewilligt als gefordert ist, die Bevölkerung ungleich belastet und eine 100 prozentige Erhöhung zu weit geht. Es sei zweckmäßig, die Vorlage noch einmal im Ausschuß zu beraten.

Senator Runge bat den Vertagungsantrag abzulehnen, da sonst die neuen Tarife vom ersten April nicht durchgeführt werden können. Es kämen neue Lohnforderungen der Straßenbahner in Aussicht. In anderen Städten seien die Fahrpreise noch viel höher. Die den Straßenbahnaktionären zugewilligte Dividende von 7 Prozent betrage 350 000 Mark und würde allein durch Einnahme von Reklame aufgebracht.

Stadtv. Zielkau (K.) wünscht, daß der gesamte Betrieb wieder aufgenommen wird. Dann könnten die neuen Fahrpreise festgelegt werden.

Nach kurzen Ausführungen der Stadtv. Richter (D.P.), Rohde (D.P.), Max (U.S.P.), Thun (Z.), beantragt Stadtv. v. Budzynski (Pole), daß für die Linien Dhra, Schildli und Neufahrweg nur eine 75 prozentige Fahrpreiserhöhung eintritt.

75 prozentige Fahrpreiserhöhung nach Dhra, Emaus und Neufahrweg.

Es beginnt alsdann die Abstimmung. Der Vertagungsantrag wurde gegen die Stimmen der Linken abgelehnt. Der Zentrumsantrag, für alle Linien eine Erhöhung von 100 Prozent eintreten zu lassen, wurde ebenfalls abgelehnt. Dagegen wurde der Antrag die Fahrpreise nach Dhra, Emaus und Neufahrweg um 75 Prozent zu erhöhen, in namentlicher Abstimmung mit 30 gegen 25 Stimmen angenommen. Für den Antrag stimmten die Linke, Polen und das Zentrum, von der Deutschen Partei nur die Stadtv. Hinz, Alß, Sauerhering. Die übrigen Stadtverordneten der Deutschen Partei und die Deutschnationalen stimmten dagegen. Der Antrag der Linken sämtlichen Lehrlingen dieselben Vergünstigungen zu gewähren wie den Studenten, wurde ebenfalls angenommen. Für diesen Antrag stimmten die Linke, das Zentrum und die Stadtv. Bronnigh (Dnait.), Kuhn (D.P.), die übrigen bürgerlichen Stadtverordneten stimmten dagegen. Die Anträge bezüglich der Linie Werder Tor und der Haltestelle Dpikstraße wurden abgelehnt. Die so abgeänderte Senatsvorlage wurde alsdann angenommen.

Die Erhebung über Erhebung von Gemeindeforschlägen zur Zunachsteuer wurde ohne Aussprache angenommen. Ebenso wurde der Neuregelung der

Vergütung der Hilfsärzte am Städtischen Krankenhaus unter Bewilligung der erforderlichen Mehrkosten zugestimmt und ein Austausch städtischen Geländes in den Pöloner Dünen mit der Gemeinde Dltva genehmigt.

Gesetzgebung der Kanalgebühren.

Stadtv. Runge (U.S.P.) beantragte Wohnungen mit einem Mietwert von 750 Mark von den Kanalgebühren zu befreien. Stadtv. Scheller (Dnait.) widersprach diesem Antrag, da dadurch ein großer Ausfall an Gebühren entstehen würde.

Stadtv. Rohde (D.P.) begründete den Antrag der bürgerlichen Parteien, die in der Senatsvorlage vorgesehene Höchstgrenze von 800 auf 600 Mark zu erhöhen. Den Antrag Runge hat er abzulehnen.

Stadtv. Runge (U.S.P.) wies darauf hin, daß durch seinen Antrag die Wohnungen von 15 Mark Friedenswert freibleiben sollen. In kurzer Zeit würden die Mieten um weitere 200 Prozent gesteigert. Wenn Senator Dr. Weste mit diesem Plan an die Öffentlichkeit getreten ist, hatte er sich die Zustimmung der linken Parteien eingeholt. In diesem Falle würden überhaupt keine Wohnungen von der Kanalgebühr befreit.

Stadtv. Brungen 1 (Dnait.) wies darauf hin, daß die Miete vom 1. April für die Berechnung der Kanalgebühren maßgebend sein soll. Bis dahin würde kaum eine Mietsteigerung eintreten. — Der Antrag Runge wurde abgelehnt.

Es wurden folgende Kanalgebühren beschlossen. Mietwerte bis zu 500 Mark sind gebührenfrei. Bei Mietwerten von 501 bis zu 750 Mark werden erhoben 2 Prozent, von 751 bis zu 1000 Mark 4 Prozent, von 1001 bis 1500 Mark 5 Prozent, von 1501 bis zu 2000 Mark 6 Prozent, von 2001 bis zu 3000 Mark 8 Prozent, von 3001 bis zu 5000 Mark 10 Prozent, von 5001 bis 10 000 Mark 12 Prozent, von 10 001 bis 20 000 Mark 14 Prozent, über 20 000 Mark 15 Prozent.

Die Schlußzeit in der Fortbildungsschule.

Bei der Beratung über die Pflichtfortbildungsschule für Mädchen stimmte die Stadtverordnetenversammlung am 7. 9. 21 zu, daß die Unterrichtszeit in die Zeit von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends gelegt werde und beschloß sodann im Anschluß daran, auch für die Fortbildungsschule für die männlichen Personen die Unterrichtsstunden auf die Zeit von 8 Uhr morgens bis spätestens 8 Uhr statt wie bisher 8 Uhr abends zu legen. Dieser Beschluß ist bisher nicht durchgeführt worden. In dem neuen Entwurf beantragt der Senat, daß die Schlußzeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends stattfinden soll. Ein Antrag Kuhn (D.P.) forderte, daß der Unterricht in der Fortbildungsschule nur in der Zeit von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends stattfinden darf. Ein Antrag Rohde (D.P.) verlangte, daß die Schulpflichtigen eineinhalb Stunden vor Beginn des Unterrichts von der Arbeitsschule entlassen werden damit die Jugendlichen Gelegenheit haben, zum Mittagessen und zum Umkleiden.

Stadtv. Habel (Dnait.) wandte sich entschieden gegen die beiden Anträge (Zuruf: Weil der Profit geschmälert wird). Früher hätte der Unterricht von 7—9 Uhr abends stattgefunden. Man möge den Unterricht von 5—7 Uhr nachmittags legen. Auch für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter bestünde der Acht-Stundentag, und in den übrigen 16 Stunden hätten sie Zeit genug, etwas für ihre Fortbildung zu tun. Wenn die Arbeitszeit durch den Schulbesuch noch verkürzt werde, sei dem Meister nicht möglich, den Lehrling in drei Jahren auszubilden. (Zuruf: Und auszubenten!) Es würden nicht die besten Kräfte dem Handwerk zugeführt. Wenn der Junge an den höheren Schulen nicht mehr so recht vorwärtskomme, lasse man ihn ein Handwerk erlernen. Auch die Volksschüler arbeiten in vielen Fällen ein schlechtes Lehrmaterial. Redner erklärte, wenn der Schulbesuch nur bis 8 Uhr abends festgesetzt wird, würden die Meister die Lehrlinge nicht mehr in die Schule schicken. (Großes Gelächter. Zuruf: Schupo! Einsperren!) Es können nicht alle Meister eingesperrt werden. (Zuruf: Für Schlußmer eine Kleinigkeit!)

Warum die Lehrlinge nichts lernen.

Stadtv. Gen. Spill erklärte, daß er über die Ausführungen des Stadtv. Habel nicht verwundert sei, daß der Standpunkt der Konservativen und der Innungsmeister. Wenn das Lehrmaterial mangelhaft ist, so ist das Schuld der Deutschnationalen, denn diese haben alle Anträge auf Verbesserung der Volksschule niedergeschlagen. Wenn die Lehrlinge während der Freizeit nicht ordnungsgemäß ausgebildet werden, so liegt das daran, daß sie im ersten Jahre nur Laufjungen die Dienste verrichten und im zweiten Jahre nur mit untergeordneter Arbeit beschäftigt werden. Ist die Freizeit jedoch dann beendet, klagen die Arbeitgeber daß die jungen Gesellen nichts gelernt haben. Wenn die Laufjungenzeit der Lehrlinge fortfällt, bleibt genug Zeit zur Ausbildung. Es gibt eine ganze Reihe von Unternehmen, die nur von der Ausbeutung der Lehrlinge leben. Danzig kann nur bestehen, wenn hochqualifizierte Arbeit geleistet wird. Dazu gehört, daß die Arbeiter über ein hohes Maß von theoretischem Wissen verfügen. Das fehlt selbst vielen Meistern, deshalb können sie auch den Lehrling nicht theoretisch ausbilden. Darum ist die Ausbildung in der Schule unbedingt notwendig.

Stadtv. Kuhn (D.P.) wies darauf hin, daß die Stadtverordnetenversammlung sich bereits früher mit einer Unterrichtszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends einverstanden erklärt habe. Redner wandte sich gegen die Lehrlingszählerei in den kaufmännischen Berufen.

Stadtv. Jaffe (D.P.), der Direktor der Fortbildungsschule, wies auf die Vorteile hin, die ein ununterbrochener vierstündiger Unterricht mit sich bringt. Nur im Osten würde noch um die Schulzeit in den Fortbildungsschulen gekämpft.

Die Anträge Kuhn und Rohde wurden gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen. Die so abgeänderte Senatsvorlage wurde alsdann ebenfalls von der gleichen Mehrheit angenommen. Um 8 Uhr wurde die öffentliche Sitzung geschlossen.

Danziger Nachrichten.

Erfolgreiche Streikbeendigung in der Waggonfabrik.

Am gestrigen Tage wurde der seit dem 2. Januar d. J. mit 100 gegen 94 Stimmen für beendet erklärt und mit gleichem Stimmenzahl folgendes Abkommen vom 18. März d. J. angenommen:

1. Die Vertreter der früheren Arbeiterschaft der Waggonfabrik verpflichteten sich, dafür zu sorgen, daß die Arbeit unverzüglich wieder aufgenommen wird.

Von dem Zeitpunkt der Wiederaufnahme der Arbeit werden folgende Stundenlöhne bezahlt: Ungelernte Arbeiter unter 20 Jahre 7 Mk., gelernte Arbeiter über 20 Jahre 7,25 bis 7,50 Mk., angelernte Arbeiter 7,25 Mk., ungelernte Arbeiter über 20 Jahre 7 Mk., von 20—29 Jahren 6,70 Mk., von 17—20 Jahren 6 Mk., bis zu 17 Jahren 5 Mk. Kolonnenführer und Stimmerer erhalten 20 Pf. pro Stunde nicht abschließliche Zulage. Dauernde Schmarbeiter und zwar: Werkzeugschlosser 8—10 Mk., Maurer 9 Mk., 1. Maschinist 9 Mk., Gelber 8 Mk., der 1. Gelber erhält eine Zulage von 20 Pf. pro Stunde erhalten 8 Mark pro Stunde. Die Akkordlöhne sind so zu berechnen, daß ein Verdienst von mindestens 15 Prozent über den Stundenlohn verdient wird.

Sämtliche bisher gewährten Zulagen kommen in Zukunft, Herr Senator Vertus und Herr Oberingenieur Lenzner verpflichten sich im Namen der von ihnen vertretenen Firma, sämtliche Streitenden im Laufe der nächsten Woche, sofern sie sich zur Arbeit melden, wieder einzustellen.

4. Die Gewerkschaften verpflichteten sich, vorstehendes Abkommen der Arbeiterschaft am Montag, den 20. 3. 22 zur Annahme vorzulegen.

Um den Erfolg dieses scharfen Kampfes richtig zu würdigen muß man sich vergegenwärtigen, daß der Streik entstanden ist wegen Abschnefung eines Schiedspruches, der im Dezember 1921 den Arbeitern 1,60 Mark Zulage zugesprochen hatte, und daß die Löhne bis zum Streikausbruch folgende waren: Gelernte Arbeiter über 20 Jahre 2,90, 3,10, 3,25 und 3,40 Mk., angelernte Arbeiter 3, ungelernete Arbeiter 2,90 Mk., jugendliche Arbeiter von 18—20 Jahren 2,85, von 17—18 Jahren 1,95 Mk., 16—17 Jahren 1,50 Mk., bis 16 Jahren 1,40 Mk., Frauen 2,20 Mk. Dazu kamen Brotzulagen, Kinderzulagen, Teuerungszulagen in bar und Naturalien. Ferner kommt hinzu, daß im Akkordwesen eine Dünflingwirtschaft herrschte, so daß eigentlich niemand recht wußte, was verdient wurde, aber alle wußten, daß sie schlecht verdienten. Mit allen Zulagen war der Lohn pro Stunde an der Spitze mit 4,10 Mark.

Der Erfolg dieses Streiks wurde von der Versammlung voll gewürdigt; wenn auch die neuerliche Teuerung droht, wieder einen Teil des Erfolges wegzustreichen, so wurde betont, daß auf der geschaffenen Grundlage weiter gearbeitet werden muß. Um die restlose Wiedereinstellung müßte lange gekämpft werden; sie ist erreicht. Die Streitenden gingen mit jubelnder Begeisterung für die gewerkschaftlichen Verbände auseinander.

Es hat sich, wie schon so oft, gezeigt, daß, wenn die Unternehmer endlich einmal auf gewerkschaftlicher Grundlage zu arbeiten beginnen, eine Verständigung immer erzielt werden kann. Es kann angenommen werden, daß die Verhandlungsmethode des Metallindustriellenverbandes den Streik zu mindest um einige Wochen verlängert hat. Hoffentlich wird dies in Zukunft anders werden, d. h., daß man nicht nur vermittelt, sondern auch verhandelt und das, was man vereinbart, auch tatsächlich erfüllt wird.

Die Arbeiterschaft der übrigen Metallindustrie kann auf die Kämpfer in der Waggonfabrik mit Stolz blicken.

Auch die Fahrpreise im Vorortverkehr erfahren am 1. April eine Erhöhung. Es wird darüber mitgeteilt: Vom 1. April werden im Danziger Vorortverkehr zwischen den Stationen der Strecken Praust—Danzig, Danzig—Joppot—Gdingen und Danzig—Neufahrwasser die Fahrpreise den seit dem 1. Februar 1922 in Deutschland in Kraft befindlichen Fahrpreisen gleichgestellt. Und zwar beträgt die Erhöhung 75 Prozent. Eintägige Rückfahrkarten mit 33 1/2 Prozent Ermäßigung gegenüber den neuen Preisen werden auch fernerhin an Sonn- und Feiertagen ausgegeben. Die Preise der Wochenkarten 4. Klasse entsprechen dem dritten Teil der Preise für Monatskarten 4. Klasse.

Stadttheater Danzig. Am nächsten Sonntag, den 26. März, wird nachmittags 2 1/2 Uhr zum letzten Male das Auerneimische Lustspiel „Die große Leidenschaft“ gegeben. Die Vorstellung findet bei ermäßigten Preisen statt. Abends 7 Uhr gelangt Hermann v. Boettichers Schauspiel „Der Kronprinz“ zum ersten Male zur Aufführung. Die Titelrolle spielt Lothar Hüßling. Das Werk wird von Direktor Schaper in Szene gesetzt.

Ordnung im Autoverkehr. Der Kaufmann Herbert Rubin in Plehendorf fuhr mit seinem Chauffeur Froese in Danzig in seinem Auto ohne eine Kontrollnummer am Auto. Er wurde von einem Polizeibeamten angehalten und dabei stellte sich heraus, daß auch der Führer keinen Fahrschein bei sich führte. Beide Personen erhielten einen Strafbefehl, gegen den Rubin Einspruch erhob. Vor dem Schöffengericht machte er geltend, daß der Führerschein verloren gegangen ist, und daß er die Kontrollnummer noch nicht erhalten hatte. Beantwortet war sie. Das Gericht verurteilte ihn zu 800 Mark Geldstrafe, da er ohne Führerschein und ohne Kontrollnummer nicht fahren dürfe.

Diebstahl an Gas. Der hohe Gaspreis verleitet stark zum Gasdiebstahl, dessen Fälle sich mehren. Vor dem Schöffengericht hatten sich die Zimmermannsfrau Auguste A. und deren Ehemann J. A. wegen Gasdiebstahls zu verantworten. Sie verlegten die Gasleitung um den Gasmesser herum und benutzten das Gas, ohne daß es gemessen und bezahlt wurde. Die Sache wurde entdeckt, und die Frau gestand ein, daß sie die Umleitung gemacht habe. Ihr Sohn habe früher in der Gasanstalt gearbeitet und von diesem habe sie sich die Kenntnis verschafft. Ihr Mann habe davon nichts gewußt. Der Mann erklärte gleichfalls, daß er von der Sache nichts wüßte. Der Gasverbrauch der Familie war früher gleichmäßig hoch und war in den letzten Jahren erheblich geringer und schwankend. Das Gericht gewann die Überzeugung, daß beide Eheleute von der Sache gewußt haben und daß die Gasentziehung bereits seit längerer Zeit erfolgt war. Das

Gericht leitete auf 1 Monat Gefängnis gegen jeden der Angeklagten wegen Diebstahls.

Man kann einen Diebstahl begehen. Ein Monteur in Danzig hat seine Frau geschlagen. Er war aus arbeitslos und hatte die Arbeitseinstellung. Bei seinen Ausgaben hat er verschwiegen, daß er seine Frau nicht mehr ernähren habe, da er von ihr geschieden ist. Er bezog also eine unzulässige höhere Unterstützung und schädigte die Stadt um 200 Mark. Das Arbeitshaus machte Anzeige und das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Betruges zu 600 Mark Geldstrafe.

Die Frauen für 14 verurteilt. Ein Kaufmann gab dem Fabrikanten in Danzig einen Rest von 1000 Mark und zwei Zeppege mit dem Auftrag, ein Automobil damit neu anzukaufen. Das Geschäft machte auch die Verkäuferin und Zeppege in Ordnung, dann aber verkaufte er die Sachen und verurteilte das Geld für sich. Er ist wegen Diebstahls verurteilt. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen Unterschlagung zu 3 Monaten Gefängnis.

Die Gesangsverein Liedertafel hält am Donnerstag, den 20. März, abends 8 Uhr, in der „Ordnung“ seine Mitgliederversammlung ab. Das Erscheinen aller aktiven und passiven Mitglieder ist erforderlich. Die Gesangsstunden haben wie bisher jeden Donnerstag von 7.30 bis 9.30 Uhr abends in der „Ordnung“ statt und werden dortselbst Mitglieder ausgenommen.

Gehtes Werbes. Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. Die Sprechstunde in Neudorf, Hotel „Deutsches Haus“, finden für die Zukunft wie folgt statt: im April am 5., 20. und 28., vorm. 10—2 Uhr; im Mai am 5., 20. und 26., vorm. 10—2 Uhr; im Juni am 6., 20. und 27., vorm. 10—2 Uhr. Es ist jedesmal ein Arzt zugegen, der erforderliche Untersuchung vornimmt. Den Antragstellern wird jedoch empfohlen, ihr Erscheinen zu diesem Sprechtag dem Versorgungsamt Danzig vorher durch Postkarte mitzuteilen, damit das Aktenmaterial rechtzeitig beschafft und mitgebracht werden kann.

Aus dem Osten.

Der Generalstreik in Pommern dauert unverändert an. In Brandenburg ist die Lage unverändert. Auch in Dirschau wird gestreikt. In Thorn streiken nicht nur die großen Betriebe, das Elektrizitäts- und Gaswerk, sondern auch die kleinen Betriebe. Die polnischen Zeitungen sind noch erschienen, die deutsche „Thornener Zeitung“ dagegen nicht. In Posen haben Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Streikenden über Lohnherabsetzungen stattgefunden. In Bissa i. P. sind die Arbeiter der städtischen Gasanstalt und des Wasserwerks in den Ausstand getreten. In Bromberg ist das Wasserwerk stillgelegt, und es gibt in der ganzen Stadt kein Leitungswasser. Auch in Krotoschin sind sämtliche Arbeiter in den Ausstand getreten und die Arbeit ruht dort in allen Fabriken. In Rawitsch haben die Arbeiter der Streichholzfabrik ebenfalls geschlossen die Arbeit niedergelegt. Bei den Arbeitsstellenhandeln es sich um eine impulsive Demonstration für Erhöhung der Löhne.

Röhlberg. Der Mord in der Kreuzstraße. Die Untersuchung des Verbrechens, das am dem Kaufmann William in dem Hause Kreuzstraße 88/89 verübt worden ist, hat bisher ergeben, daß William vermutlich bereits am Montag oder Dienstag voriger Woche ermordet worden ist. Der vermutliche Täter heißt Neubauer, wohnt in dem Werdhause, ist erst 22 Jahre alt, und ist als Inspektor bei derselben auswärtigen Versicherungsgesellschaft tätig, bei der der Ermordete Generalagent war. Der Verhaftete hat sich bei den Vernehmungen bereits in äußerst starke Widersprüche verwickelt. Die gerichtliche Obduktion der Leiche des Ermordeten hat ergeben, daß er mit einer Schnur erbrockelt worden ist. Unzweifelhaft ist der Mord in dem im obersten Stockwerk des Hauses Kreuzstraße 88/89 gelegenen Zimmer des Verhafteten begangen worden. Das Motiv der Tat ist ebenfalls noch nicht klar. Anzunehmen ist, daß ein Raubmord vorliegt. Uhr und Ring des Ermordeten wurden ebenfalls nach der Tat von Neubauer verkauft. Ob und inwieweit Schulden des Neubauer, die dieser bei William hatte, zur Tat beigetragen haben, muß erst die Untersuchung ergeben.

Röhlberg. Schwere Verletzung. Sonntag früh ereignete sich in den Holzwerken Cosse ein schwerer Unfall. Die Kochmaschine war bereits fertig, als zufälligerweise in dem Kocher noch einmal Druck entstand und der Dessel daher plötzlich zur Seite geschleudert wurde. Ein Gemisch von Dampf, Wasser und Zellulose ergoß sich über den dort beschäftigten Schlosser Krause und den Arbeiter Blowe, die starke Verbrühungen erlitten und sofort mit dem Unfallwagen nach der Chirurgischen Klinik geschafft werden mußten.

Freystadt. Durch Feuer fast vollständig vernichtet wurde das Geschäft des Abbaubehalters Zobel in Gühringen. Das junge Ehepaar, welches erst im vorigen Jahr die Wirtschaft übernommen hat, war nicht zu Hause. Am Vormittag war ein kleiner Strohhäuser hinter der Scheune abgebrannt. Dieses Feuer muß wohl nicht richtig gelöscht worden sein, da am Nachmittag auf einmal die Scheune vollständig niederbrannte. Der Stall und das Wohnhaus sind größtenteils vernichtet. Außer 8 Stück Vieh ist die ganze Frühjahrsausfaat und eine Menge Erbsen mitverbrannt. Der Schaden ist nur durch ganz geringe Versicherung gedeckt.

Schneidemühl. Einen Selbstmordversuch verübte Sonntag abend eine Mitte der Zwanzig stehende Dame. Ursache war verfrühter Liebe. Das Fräulein war von Berlin herübergekommen, um ihren Geliebten zu besuchen. Weil dieser nichts mehr von ihr wissen wollte, hatte das Leben keinen Wert mehr für sie. Sie begab sich in vorgeschickter Abendstunde auf die Altdonowbrücke und sprang, nachdem sie ihre Handtasche, Geld und sonstige bewegliche Gegenstände vorausgeschickt hatte, ins Wasser. Doch das Wasser war kalt und naß. Die Selbstmordhandlatterin schrie um Hilfe. Als diese erschien, war sie bereits wieder aus dem Wasser herausgeklommen und stand frierend und zähneklappernd am Ufer. Das Geld aber und die anderen Gegenstände waren fort.

Remel. Eine empfindliche Strafe erhielt ein Kaufmann Moser aus Krefeld, der nach Remel gekommen war, um Schweine aufzukaufen. Er hatte als Ausländer weber Paß noch Handelslaubnis. Das Schöffengericht verurteilte ihn zu 5000 Mark Geldstrafe und erkannte ferner auf Einziehung von 55 aufgekauften Schweinen.

Aus aller Welt.

Demokratische Parteien drängen in die Geschäftskasse der Firma Cantor in Katowitz ein und räumen 200 000 Mk. beizufallen und eine größere Menge polnisches Geld.

Fluggelandung auf der Zugspitze. Der Münchener Fliegerhauptmann Gailer führte am 19. März seinen Plan aus, eine Fluggelandung auf der Zugspitze zu unternehmen. Zwei Fluggäste nahmen an dem Fluge teil. In den Morgenstunden war Hauptmann Gailer in Schleißheim bei München aufgeschlagen, um 1/21 Uhr vormittags landete er glatt auf dem Schneefelder, 500 Meter unterhalb des Gipfels der Zugspitze.

Zum erstenmal seit dem Kriege ist ein deutscher Dampfer in Boulogne eingelaufen: „Antonio Delfino“ von der Hamburger Süd-Amerika-Linie, von Hamburg nach Buenos Aires. Schon „Cap Polonio“ von der gleichen Gesellschaft sollte bei der ersten Ausreise in Boulogne anlaufen, was aber durch schiffliche Vorschriften der französischen Zollbehörde unmöglich gemacht wurde.

Betriebsrat am Königsberg. Die Königin Wilhelmine von Holland hat ihre Einwilligung dazu erteilt, daß zur Wahrnehmung der Interessen des Hofpersonals ein Betriebs- und Angelegenheitsrat gebildet werde. Dies dürfte der erste Betriebsrat an einem „königlichen Hofe“ sein.

Vom Boger zum — Pastor! Aus Newyork wird gemeldet: Jim Jeffries, der frühere Weltmeister im Schwergewicht, der vor einiger Zeit unter die Prediger gegangen ist, hielt dieser Tage seine erste Predigt in Los Angeles. Er trug eine bunte Mütze und einen buntenfarbigen Ueberwurf und sprach über das Thema: „Gib deinem Mitmenschen, was ihm zusteht.“ Die Kirche ist gerettet: Jim Jeffries wird die Riste schon schmücken!

Ein Verzweifelter. Freitag nachts schob auf der Treppe des Berliner Polizeipräsidiums ein 58jähriger, aufsehender den mittleren Ständen angehörender Mann sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe. Der Schwerverletzte wurde nach dem Krankenhaus transportiert. Aus einem bei ihm vorgefundenen Briefstück geht hervor, daß er seit dem 1. Juli 1921 kriegslos und seit dem 1. August 1921 wohnungslos ist.

Leiderausfalliger in Berlin. Große Beunruhigung ruft seit einiger Zeit in Berlin das Treiben zweier perverter Menschen hervor, von denen der eine Damenkleider planmäßig beschneidet, während der andere sie ausschlitzt oder ganze Stücke herausschneidet. Der Beschneidende ist jetzt endlich durch die Entschlossenheit einer Dame unschädlich gemacht worden. Er benutzte zwei Mittel, Mehl und flüssige Lebereschwärze. Mit dem Mehl beschmierte er, namentlich bei Regenwetter, wertvolle dunkle Damenkleider, mit der Lebereschwärze helle. Nun wurde er festgenommen, als er das Kleid eines Mädchens beschmutzen wollte, das er in einem nach Lichterfelde fahrenden Zuge getroffen hatte. Er entpuppte sich als ein Uhrmacher Adolf Jahn, ein alter Sünder auf diesem Gebiete. — Der Ausschlitzer ist dagegen noch nicht ergriffen. Er tritt besonders in der Zentralmarkthalle bei den Auktionen an den Großhändlerständen auf.

Die veränderte Lachtaube. Einem Arbeiter in Andernach sollte eine Lachtaube gepfändet werden. Als der Gerichtsbeamte sie abholen wollte, sah im Käfig eine Dohle. Auf die Frage des Beamten nach dem Verbleib der Lachtaube, erwiderte der Arbeiter, das Tier habe sich aus Mergel über die Pfändung schwarz geärgert. Da der Mann dem Beamten noch Widerstand geleistet hatte, wurde er wegen Falschvernehmung und Widerstandes zu zwölf Tagen Gefängnis verurteilt.

Der Absturz mit dem Fallschirm. Eine Masse von 30 000 Menschen war Zeuge einer furchtbaren Szene, die sich in Turin bei den Versuchen des bekannten holländischen Fliegers Harris mit einem Fallschirm abspielte. Das Flugzeug, von dem aus die Experimente stattfanden, flog in eine Höhe von mehr als 4000 Fuß empor. Man sah Harris aufrecht in seiner Maschine stehen; er machte den Fallschirm fertig und sprang los. Aber ein Schreckensschrei ging durch die Menge, denn man sah, daß er sich in die Drähte des Flugzeuges verwickelt hatte. Harris schwang sich wieder in das Flugzeug zurück und machte einen zweiten Versuch. Er sprang nun wirklich ab, aber der Fallschirm versagte, und er kam zerschmettert auf dem Boden an. Die Menge ergriff daraufhin eine solche Aufregung, daß sie nur durch das Aufgebot von Kavallerie in Ordnung gehalten werden konnte.

Verammlungs-Anzeiger

- Sozialdemokratischer Verein:
1. Bezirk: Donnerstag, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr, Schule Heilige Geistgasse 111: Bezirksversammlung. 1. Lichtbildvortrag: Der Sozialismus in der Karikatur. 2. Parteiangelegenheiten.
 2. Bezirk: Freitag, den 24. März, abends 7 Uhr, im Restaurant „Blantes Tonnen“, Neumarkt 10: Bezirksversammlung. 1. Lichtbildvortrag: Der Sozialismus in der Karikatur. 2. Parteiangelegenheiten. Zahlreicher Besuch wird erwartet. Gäste können eingeführt werden.
- Frauen-Mitgliederversammlung.
- Am Donnerstag, den 28. März, abends 7 1/2 Uhr, in der Aula der Hülfschule, Heilige Geistgasse 111:
- Frauen-Mitgliederversammlung.
- Neben musikalischen Vorträgen (Klavier u. Geige) spricht Gen. Dr. Ring über den Sozialismus in der Karikatur (mit Lichtbildern). Zahlreicher Besuch wird erwartet.
- Metallarbeiter-Vertrauensleute S. P. D.
- Freitag, den 24. März, abends 7 Uhr, in der Petruschule, am Hansaplatz (Zimmer 15), wichtige Sitzung. Parteimitgliedsbuch ist mitzubringen.
- Berein Arbeiterjugend Danzig.
- Heute, Mittwoch, den 22. März, Treffen auf dem Neumarkt, abends 6 1/2 Uhr.
- Arbeiterjugend Langfuhr.
- Mittwoch, den 22. März, abends 7 Uhr, außerordentliche Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied muß unbedingt erscheinen.
- Kindergruppe des Konfirmandenvereins „Die Naturfreunde“.
- Morgen, Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Seka (Stoßurm), Sing- und Spielabend.

Danziger Nachrichten.

Das freie Spiel der Kräfte.

Als die Zwangsbeschränkung für die wichtigsten Nahrungsmittel aus Drängen der bürgerlichen Profitinteressen liberell abgebaut wurde, herrschte im bürgerlichen Markt ein eitel Freude. Endlich war das Ideal der profitkapitalistischen Wirtschaftsweise, „Das freie Spiel der Kräfte“, wieder hergestellt. Zwar wurde der Bevölkerung noch freier als bisher das Spiel über die Ohren gezogen, die Preise für Fleisch, Milch, Eier, Fett, und selbst für Kartoffeln, wurden in einer Weise hochgeklappt, daß der Konsum dieser wichtigen Lebensmittel zu einem Luxus für die breitesten Volksschichten wurde, aber selbst trotz der schamlosesten Ausnutzung des Volkes wurde von den Produzenten, vom Senat und den bürgerlichen Regierungsparteien unentwegt die Waage vom „freien Spiel der Kräfte“ abgekipelt.

Aber selbst in bürgerlichen Kreisen scheint langsam die Erkenntnis zu dämmern, daß sich hinter der vielgerühmten „freien Wirtschaft“ nichts anderes als die ungehemmte Verherrlichung einer kleinen Produzentenschicht verbirgt. Schon vor einiger Zeit ließ die bürgerliche Presse, die sich sonst gar nicht genug für das „freie Spiel der Kräfte“ begeistern kann, Sturm gegen den Wucher auf dem Papiermarkt und forderte, entgegen ihrer bisherigen Haltung, Maßnahmen gegen die profitwucherische Ausnutzung der Zeitungen durch die Papierfabriken. Dies war aber erst der Anfang. Jetzt marschieren nun endlich auch in Danzig bürgerliche Vereine und Verbände auf, um zu der vom freien Spiel der Kräfte heraufbeschworenen Teuerung Stellung zu nehmen. Die „Neuesten Nachrichten“, die bisher als erste Mäher im Streite für eine ungehinderte freie Wirtschaft aufmarschierten, verließen darüber wie folgt:

In den breiten Massen des tausenden Publikums steigt eine gewitterdrohende Spannung auf gegen die unerhört hohen Preise, die von Tag zu Tag weiter ansteigen und die die Sorge um das Auskommen in Unverkäufliche wachsen lassen. Es hat sich nun eine Bewegung entfaltet, die ausreicht von der Feststellung, daß weite Kreise des tausenden Publikums überfordert werden dadurch, daß auf viel Waren schon Vorkaufsschläge genommen werden, die in Wirklichkeit noch als solltet eingelegte Waren sich herausstellen.

Vorkläufe und Desagierete mehrerer hiesiger wirtschaftlicher Vereine hatten sich am gestrigen Montag nachmittags zu einer gemeinsamen Besprechung zusammengefunden. Es soll eine bürgerliche Arbeitsgemeinschaft gebildet werden, deren Entschieden lauge vorbereitet ist. In dieser bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft sollen auch Hausfrauen zu Worte kommen. Es soll das ganze Bürgerium zur Bekämpfung dieser wirtschaftlichen Misse aufgerufen und in einer öffentlichen Versammlung demnächst Front gegen die Ausbeutung der Verbraucher gemacht werden.

Endlich sieht man also auch im Bürgerium ein, daß es wie bisher nicht weitergehen kann. Die Warnungen, die von sozialdemokratischer Seite gegen die fessellose Profitwirtschaft erhoben wurden, fanden bisher auf bürgerlicher Seite kein Gehör. Nun, nachdem wir der Katastrophe bedenklich nahegekommen sind, sieht man auch in bürgerlichen Kreisen ein, daß Maßnahmen notwendig sind, um das freie Spiel der Kräfte einzudämmen. Wie noch weiter mitgeteilt wird, soll sogar eine weitere Milchpreiserhöhung in Aussicht genommen sein und zwar soll der Liter Milch auf 5 Mk. hinaufgetrieben werden.

Gegen diese gemeingefährlichen Preistreiber können und nur scharfe Maßnahmen helfen. Im übrigen hoffen wir, daß auch die jetzt gearbeitete bürgerliche Arbeitsgemeinschaft nicht nur gründlich abgeschaffen werden kann durch eine im sozialistischen Sinne vorzunehmende Regelung der Produktion und Güterverteilung. Die jetzige wilde schrankenlose Profitwirtschaft muß umgestaltet werden zu einer planmäßigen Gemeinwirtschaft. Erst wenn in dieser Richtung ernstlich an die Arbeit gegangen wird, werden wir die jetzigen Zustände überwinden.

Die Zulagen für die Rentenempfänger.

Im Gesetzblatt für die freie Stadt Danzig wird das Gesetz über die Neuregelung der Zulagen in der Unfallversicherung veröffentlicht. Nach dem Gesetz wird der Berechnung der Unfallrente über 50 Prozent ein Jahresarbeitsverdienst von 12 000 Mark, bei landwirtschaftlichen Arbeitern von 8100 Mark zu Grunde gelegt. Die sich daraus ergebenden Mehrbeträge werden als Zulage gezahlt und zwar ab 31. Dezember 1921 monatlich im voraus. — Zu gleicher Nummer des Gesetzblattes wird auch das Gesetz über Notstandsmassnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern aus der Invaliden- und Angestellten-Versicherung veröffentlicht.

Zoppoter Stadttheater.

„Preciosa.“

Ein glücklicher Griff war es nicht, dieses hundertjährige Schauspiel mit Musik aus dem Theaterstank zu holen, für dessen schmarrenhafte Text die artenreiche und melodische Musik Webers weidlich zu schade ist. Ohne den Erfolg des Benefizianten Richard Wolf, den man mit vielem Beifall und einem reich gesegneten Gabentisch ehrte, schmälern zu wollen, soll doch gesagt sein, daß weder ihm noch dem reichlichen Duhend der übrigen Solisten der Versuch gelang, dieses mit Banalitäten und Hohlheiten stärksten Kalibers überladene Werkchen und dem aufzuwärmen und anzurühren, daß es für uns genießbar, geschweige denn schmackhaft wurde. Ueberdies wurde man das peinliche Gefühl nicht los, daß auch die Darsteller sich nicht mit ihren Rollen zurecht fanden. Richard Wolf beschränkte sich mehr oder minder auf die „Schlager“ die Herr Pius Alex Wolff teiglich ihm in den Mund gelegt hatte und Helene W. H. r. war für die Titelrolle nicht „prettig“ genug; Willy Löffel, der Vielgewandte, war indes zu alleinlebend, als daß er es vermocht hätte, diese Aufführung über das Niveau einer anspendlichen Provinzialbühne zu erheben. Das recht bedauerliche Orchester unter Pachtischs Leitung pointierte geistlich die faubere und motivreiche Lavertüre, namentlich seine Gespieler, verfielung dafür aber in der Begleitung meist die Sprecher auf der Bühne.

Und doch! Und doch! Das reich gestülkte Haus schien sich Ebniglich zu amüsieren. Und das entscheidet — für die Theaterfähr und den Benefizianten. Merus.

Danach sind die Gemeinden verpflichtet, Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung, sowie Empfänger von Invaliden-, Witwen- und Waisenunterstützung (Invaliden, Witwen und Waisen von Arbeitern und Angestellten ehemaliger Staats- und Reichsbetriebe) mit Danziger Staatsangehörigkeit auf Antrag eine Unterstützung zu gewähren. Die Unterstützung ist in der Invalidenversicherung, sowie an Empfänger von Invaliden-, Witwen- und Waisenunterstützung in einer solchen Höhe zu bemessen, daß das Gesamtjahreseinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von dreitausend Mark, einer Witwen- oder Waisenrente den Betrag von zweitausendhundert Mark, einer Waisenrente den Betrag von eintausendzweihundert Mark erreicht.

Bei Berechnung des Gesamtjahreseinkommens bleibt das Arbeitsentkommen der Rentenempfänger bis zum Jahresbetrage von zweitausend Mark außer Ansatz. Der Antrag ist bei der Gemeinde des Wohnorts des Rentenempfängers zu stellen. Die Unterstützung wird von der Gemeinde des Wohnorts an den Empfänger in monatlichen oder wöchentlichen Teilbeträgen im voraus gezahlt. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1922 in Kraft.

Eine Verzweiflungstat.

Seine beiden Kinder ermordet.

Am Dienstag hat der in der Ratergasse 15, 8 Tr., wohnhafte Malergeselle Wilhelm Schalla seine beiden Kinder ermordet. Am Nachmittag erschien er bei der Kriminalpolizei, um, wie er erklärte, nur zu melden, daß seine Kinder schlafen. Da vorerst nichts mehr aus dem Sch. herauszubringen war, wurden in seiner Wohnung Nachforschungen angestellt, hier ergab sich, daß er seine Kinder, einen Knaben von 7 Jahren und ein zwölfjähriges Mädchen durch Ertröckeln umgebracht hatte. Später gestand er die Tat offen ein. Aus einem bei ihm vorgefundenen an seine Frau, die sich im städtischen Krankenhaus befindet, gerichteten Abschiedsbriefe geht klar hervor, daß er den Entschluß gefaßt hatte, mit seinen beiden Kindern aus dem Leben zu scheiden. Hand an sich selbst zu legen, hat ihm nach der Tat offenbar der Mut gefehlt. Sch. bezug Arbeitslosenunterstützung. Vor einigen Tagen hatte er Arbeit angenommen und sich hierauf einen Vorkurs von 8000 Mark geben lassen, den er ausgegeben haben soll. Die Motive der Tat, die wahrscheinlich aus Not getrieben ist, werden verständlich, wenn man erfährt, daß Frau Schalla sich mit einem 6 Monate alten Knaben seit drei Wochen im städtischen Krankenhaus befindet.

Der Lohnkampf der Mühlen- und Speicherarbeiter

In Danzig, Oliva und Zoppot ist nach zwei resp. dreitägigem Streik erfolgreich beendet. Nur der Mühlenbesitzer Schlichting, Zoppot, glaubte seinem Unwillen gegen seine um die nackte Existenz ringenden Arbeiter, dadurch Lust machen zu können, indem er vier seiner ältesten Arbeiter wegen Arbeitsmangel entließ. Doch werden weitere Instanzen sich noch mit der erfolgten Entlassung zu beschäftigen haben. Auf eine Verschleppungsaktion seitens der Unternehmer werden sich die Mühlenarbeiter auch in Zukunft nicht einlassen können. Einzelne Mühlenbesitzer wollen noch immer an ihrem Motto festhalten: Zeit gewonnen heißt Geld gewonnen auf Konto der Arbeitnehmer. Die Wochenlöhne der Mühlenarbeiter sind seit dem 16. März ab folgende: Mühlenwerkführer, Speicheraufsesser und Chauffeur 600 Mk., Müller, Handwerker und Speicherschwerarbeiter 500 Mk., für alle übrigen Arbeiter und Küstler 450 Mk., für Arbeiterinnen 300 und 310 Mk., Lehrlinge erhalten im ersten Lehrjahr 100 Mk., im zweiten Lehrjahr 160 Mk. Nur durch die Einigkeit und die Einzelorganisation war es den Arbeitern möglich, als Sieger aus dem gerechten Kampf hervorzugehen. Darum Sorge ein jeder für den weiteren Ausbau der Organisation in der Getreide- und verarbeitenden Industrie, dann wird es auch zukünftig gelingen, den berechtigten Forderungen der Berufskollegen erfolgreich Nachdruck zu verleihen.

Die abgelehnte Ueberstundenarbeit in der Eisenbahnhauptwerkstätte.

Zu dem bereits gestern berichteten Konflikt in der Eisenbahnhauptwerkstätte wird uns noch mitgeteilt: Die Leitung der Eisenbahnhauptwerkstätte hatte vor ca. 3 Wochen einen Antrag über Ueberstundenarbeit herangezogen mit der Bemerkung, vorübergehend für 14 Tage für Dreher und Kesselschmiede, weil die Arbeit dringend gebraucht würde. Es wurde demgemäß Folge geleistet und nach 14 Tagen die Ueberstundenarbeit abgebrochen. Nach 8 Tagen erschien wieder eine solche Bekanntmachung, bis auf weiteres Ueberstundenarbeit zu leisten. Die Kollegen der Kesselschmiede lehnten es ab, überhaupt Ueberstundenarbeit zu leisten, was zur Folge hatte, daß gestern früh sämtliche Markenkästen der Kesselschmiede verschlossen waren und ein Zettel mit Herrn Baurat Engels Unterschrift sich bemerkbar machte, welcher besagte, daß sämtliche Kollegen der Kesselschmiede von der Arbeit fernzubleiben sollten, bis die Angelegenheit über die Ueberstundenarbeit geregelt wäre. Da hierauf die Kollegen trotz der Aussperrung auf ihrem Standpunkt verharrten, verlangte die Werkstättenleitung geheime Abstimmung. Dieselbe ergab 98 Stimmen für Ablehnung der Ueberstunden- und 8 Stimmen für Annahme. Trotzdem die Werkstättenleitung das Zusammenhalten der Kollegen sah, hielt sie ihre Aussperrung aufrecht mit dem Bemerkten, jeden schriftlich wieder zur Arbeit zu rufen. Hierauf nahmen die Vertrauensleute der ganzen Werkstätte dazu Stellung und die gesamte Belegschaft erklärte sich solidarisch mit den Kollegen der Kesselschmiede. Um 9.30 Uhr legte die ganze Werkstätte die Arbeit geschlossen nieder und war auf dem Wege, das Tor zu verlassen, worauf die Werkstättenleitung ihren Streikfrist änderte und die Forderung der Kesselschmiede respektierte und auf jegliche Ueberstundenarbeit verzichtete. Die Kollegen nahmen dies unter Bravo auf, worauf sie sich wieder an ihre Arbeitsplätze begaben. Mögen die Arbeiter in allen Betrieben so entschieden die Leistung von Ueberstunden ablehnen.

Errichtung einer Papierindustrie in der Gewehrfabrik.

Mit einem Kapital von 15 Millionen Mark wurde in Danzig eine Danziger Verpackungsindustrie A.-G. gegründet. Das Unternehmen, an dem bedeutende Firmen Deutschlands und Pommerellens beteiligt

sind, soll in der ehemaligen Gewehrfabrik untergeordnet werden. Vorerst soll die Herstellung von Wellpappe, Wellpappkartonnagen, Kartons für die verschiedensten Zwecke, ferner Papierdrüben und Beutel aufgenommen werden. Es ist beabsichtigt, noch weitere Artikel herzustellen, sobald die dazu erforderlichen Maschinen eingetroffen sind.

Die Auszahlung der Militär-Verorgungsgebühren für den Monat April erfolgt am 20. und 30. März, die Auszahlung der Invaliden-, Unfall-, Waisen- usw. Renten am 1. und 3. April beim Postamt 1, Eingang Langgasse, Portal 1 und 2 für den Bestellbezirk des Postamts Danzig, und zwar in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 5 Uhr nachmittags. Die Rentenstelle selbst befindet sich im Postschekamt (Winterplatz). Die Zahlung der Militär-Verorgungsgebühren erfolgt nur gegen Abgabe der vorschristsmäßigen Bescheinigung über die Staatsangehörigkeit. Das Nähere ist aus den bei den Postämtern befindlichen Anhängen und Hinweisen zu ersehen.

Ein Opfer der Arbeit. Die Arbeiterin Gertrud Pöcher aus St. Albrecht kam in der Schneiderischen Wäschanstalt mit dem rechten Arm zwischen die Walzen der Wäschmangel. Der Arm wurde zerquetscht. Die Verunglückte wurde ins Krankenhaus gebracht.

Schlägerel. Am Sonntag sand unter den Gästen eines Lokals in Langfuhr eine Schlägerel statt. Beamte der Schutzpolizei wurden ebenfalls angegriffen, wobei sich der Bauarbeiter E. P. und der Kupferschmied M. P. besonders hervortaten; ersterer versuchte einen Beamten zu würgen, letzterer die Festnahme des P. zu verhindern. Die Beamten mißten von ihrer Schusswaffe Gebrauch machen. Beide Täter wurden der Bezirkswache 1 angeführt.

Erwischter Taschendieb. Am Sonnabend wurde der aus Deutschland ausgewiesene Sattler W. S. K. durch einen Beamten der Schutzpolizei dabei überrascht, als er einer Frau eine Geldtasche mit 200 Mark stehlen wollte. E. wurde dem Polizeigefängnis angeführt.

Das leidige Messer. Der Arbeiter E. B., wohnhaft in Oliva, geriet mit dem Arbeiter G. K. in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf G. K. mit einem Taschenmesser mehrere schwere Verletzungen im Gesicht und am Hals erlitt, so daß er dem Krankenhaus angeführt werden mußte. G. wurde von Beamten der Schutzpolizei festgenommen und dem Polizeigefängnis angeführt.

Polizeibericht vom 22. März 1922. Festgenommen: 18 Personen, darunter 2 wegen Diebstahls, 1 wegen Mordes, 1 zur Festnahme ausgegeben, 9 in Polizeihast. — Gefunden: 1 polnischer Paß für Telle Pawlik, 1 braune Brieftasche mit Papieren für Hermann Kressin aus Pommerellen, 1 schwarzer Pelzmuff, 1 Eisenbehälter, abgehoben aus dem Fundbüro des Polizeipräsidiums, 1 Ead mit Roggen, abgehoben von der Bezirkswache 8 in der M.-H.-Kaserne, 1 rotbrauner Hahn, abgehoben von Herrn Oberbrennmeister Bröggeit, Neugarten 12/16, 1 graumehle Taube, abgehoben von Frau Anna Sandmann, Poggenpohl 43/45, 1 Tr. — Verloren: 2 Pässe auf die Namen v. Czapienski lautend, 1 Paß für Georg Matzkowiat, 1 schwarze Geldscheintasche mit 1170 Mark und einer Tafel Schokolade, abzugeben im Fundbüro des Polizeipräsidiums.

Oliva. Am Freitag, den 24. März 1922, nachmittags 6 Uhr, findet im Rathaus eine Gemeindevorstellung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Besoldungsordnung für die Beamten der Gemeindeverwaltung; 2. Eingruppierung der Angestellten in den Vergütungsstufen; 3. Neuwahl eines Mitgliedes der Disziplinar-Kommission an Stelle von Feltau; 4. Abänderung der Freibankordnung; 5. Abänderung der Grundsteuerordnung; 6. Entschädigung des Stabsbeamten; 7. Prozeß gegen Jankowski.

Oliva. Die auszufällene Gemeindevorstellung findet am Donnerstag, den 23. März, nachmittags 6 Uhr, in der Aula des Theaters statt. Zu den bereits aufgestellten 15 Tagesordnungspunkten sind acht weitere hinzugekommen und zwar u. a.: Die Erhöhung der Fahrpreise auf der elektrischen Straßenbahn Oliva-Gleitskau, Schaffung zweier Sekretärstellen mit den Bezügen der Besoldungsgruppe 6, Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der Angestellten der Gruppe 8, Regelung der Dienstbezüge des Gemeindevorstehers.

Standesamt vom 22. März 1922.

Todesfälle. Maschinenschlosser, Oberheizer d. 6. K. 5. Matrosen-Regts. Max Reinhard Albert Schulz, 25 Jahre. — Jäger der 1. Nachjäger-Komp. Jäger-Bat. 2 Walter Gutzeit, 23 J. 3 M. — Reservist der 4. Komp. Gren.-Regts. 5 Willy Hoff, 36 J. 7 M. — Invalide August Deyer, 73 J. 1 W. — Witwe Bertha Springer geb. Zander, 86 J. — S. d. Kaufmanns Hermann Rehselb, 18 J. 2 M.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Polnische Mark: 7,15—7,20 am Vortage 7,17—7,22
Amer. Dollar: 299—300 „ 286—287
Englisches Pfund: 1293—1300 „ 1290

BORG



Wasserstandsrichten am 22. März 1922.

	19. 3.	20. 3.		
Zowichow	+ 1,80	+ 1,69	Kurzbrack	+ 3,64 + 3,50
Warschau	+ 2,00	+ 1,70	Montauerspige	+ 3,62 + 3,41
	20. 3.	21. 3.	Plekel	+ 3,87 + 3,66
Ploß	+ 2,26	+ 2,16	Dirschau	+ 4,08 + 3,88
	21. 3.	22. 3.	Einlage	+ 3,26 + 3,14
Thorn	+ 3,04	+ 2,88	Schiewenhoff	+ 3,00 + 2,90
London	+ 3,00	+ 2,86		
Culm	+ 2,99	+ 2,87	Nogat:	
Braubenz	+ 3,19	+ 3,07	Schönau D. P.	+ 8,66 + 6,70
			Galgenberg D. P.	+ 4,66 + 4,66
			Neuhorsterbush	+ 2,04 + 2,04
			Arnwachs	+ 1,28 + 1,22

Kleine Nachrichten.

Ein Streik der Redakteure.

Das Redaktionspersonal der „Stippischen Tageszeitung“ (deutschnational) ist gestern abend wegen Differenzen mit dem Vorstand und Aufsichtsrat in den Ausstand getreten. — Es bleibt heute eben auch selbst deutschnationalen Geistesarbeitern nicht anderes übrig, als die Mittel der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft anzuwenden, wenn sie nicht gänzlich verelenden wollen. Das Unternehmertum glaubt aber, daß sich die nicht organisierten Geistesarbeiter alles gefallen lassen müssen. So kommt es, daß in vielen Zeitungen die Redakteure noch nicht einmal das Einkommen eines ungelerten Buchdruckerhilfsarbeiters haben. Die wirtschaftliche Notlage wird

auch die Geistesarbeiter dazu bringen, daß sie sich organisieren müssen.

Reichswehrsoldaten als Zeitschläger.

In der Schwurgerichtsverhandlung gegen die beiden ehemaligen Pioniere Arndt und Schneider wegen Zeitschlags zweier im Gefängnis in der Behrer Straße eingekerkelter Galizier in den Märztagen 1910 wurden die beiden Angeklagten wegen Zeitschlags und gefährlicher Körperverletzung unter Verfassung mildernder Umstände zu je 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt und sofort in Haft genommen.

Die Ausperrung in der bayerischen Metallindustrie. Gestern mittag war die Ausperrung durch den Verband bayerischer Metallindustrieller in sämtlichen Mitgliedsbetrieben in Kraft getreten.

Rückkehr zur Sozialdemokratie. Einer der ersten Agitatoren Max Kaus im deutschen Nordböhmen, der gewesene Abgeordnete Dr. Otto Kahn-Reichenberg, hat seinen Wiedereintritt in die Deutsche Sozialdemokratische Arbeiterpartei in der tschechischen Republik vollzogen, nachdem er sich längere Zeit der Politik aus Abneigung gegen den Bruderkrieg überhaupt ferngehalten hatte. In einem längeren Schreiben führt er aus, daß, entgegen seiner früheren Haltung, die Einigkeit nicht durch Festhalten an der „kommunistischen Herrscherideologie“ erreicht werden könne.

Verantwortlich für Politik Ernst Gooß, für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, beide in Danzig; für Inserate Bruno Gwert in Oliva. — Druck von J. Geßl & Co., Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Heute, Mittwoch, den 22. März, abends 8 1/2 Uhr
Dauerkarten E 1.

Margarethe (Faust)

Große Oper in 5 Akten von Barbier und Carré.
Musik von Charles Boinod.
In Szene gesetzt von Oberregisseur Julius Brückner.
Musikalische Leitung: Otto Selberg.
Inspektion: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende 10 Uhr.
Donnerstag, abends 7 Uhr. Dauerkarten A 2
Mutter Erde. Drama in 5 Akten.
Freitag, abends 7 Uhr. Dauerkarten B 2.
Des Meis Schatten. Lustspiel.
Sonnabend, abends 7 Uhr. Dauerkarten C 2. Der
Barbier von Sevilla. Oper.
Sonntag, abends 7 Uhr. Dauerkarten haben keine
Gültigkeit. Zum 1. Male: „Friedrich der
Große.“ Schauspiel in 2 Teilen von Hermann
v. Boetticher. 1. Teil: „Der Kronprinz“ (in
14 Bildern).



Kleinkunstbühne

Große Allee 10 (6207)

Das große März-Programm
mit Namen, die ein gutes Programm bedeuten!

Fred Allgöler Hum. u. Chansonier	Leio Ackosta Vortragkünstlerin	Emmy Dornelly Wiener Soubrette
Rolf v. Fransen und Partnerin mondänes Tänzerpaar	Gerda Gerdlina Humoristin	Irina Schilwanoff Vorwandl.-Tänzerin
Reini Schäffer Illusionist	Viktorino Straßengeiger	Volgt - Spanier Opern-, Spiel- und Gesangsduo

In der Bar: **Wiener Schrammel!**

Im Breitl: 5-Uhr-Tea mit Tanz- vorführung. Im Café: Nachm. und abends
Künstler-Konzerte

Fahrräder

Fahrrad-Gründungs-
Anstalt, Danzig.
Ketten, Pedale, Lenk-
stangen, Sattel, Gabeln
usw. noch zu vertrieben.
Preis ohne Zollaufsatz.
Reparaturen
sachgemäß, schnell u. billig.
Gustav Ehms,
Fahrrad-Gründungs-
Anstalt, Danzig.
1. Damm 22-23.
Büchse wird sauber
gemacht u. im Freien
getrocknet.
Offert. unter M. 203 an die
Expedition d. Zeitung. (f)
Brosche gefunden!
Abzuholen „Volkswacht“,
Am Spandhaus 6. (f)

Es
ist Ihr eigener Schaden, wenn Sie nicht schnell
Ihren Bedarf decken.
Gibt
es doch bei mir immer noch ohne Zollaufsatz:
Herren-, Jünglings-, Knaben- u. Einsegnungs-
Anzüge zu staunend billigen Preisen.
Im
feinsten Kreise können Sie meine Anzüge und
Sommer-Regians (Schlupfer) tragen, da die-
selben vollständiger Ersatz für Maß sind.
Leben
und jauchzen können Sie vor Freude über meine
fabelhaft billigen Preise.
Oft
gibt es die Gelegenheit nicht mehr, Herren-
hosen, gestreift, blau und schwarz, so billig
und gut zu kaufen.
Momente
trennen uns nur noch von dem Inkrafttreten
der Zollunion. Versäumen Sie also diese Ge-
legenheit nicht und kommen Sie schnell in
Stein's Konfektions-Haus
nur 21 Häkergasse 21 pt.
Elegante Anfertigung nach Maß
schnell — sauber — billig. (6299)

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Zoppot, Dir. Otto Normann

Heute, Mittwoch, den 22. März,
abends 7 1/2 Uhr
Kasseneröffnung 6 Uhr

Der keusche Lehemann

Schwank in 3 Akten.
Freitag, den 24. März,
„Preciosa“
Romantisches Schauspiel in 4 Aufzügen.
Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freywald, Kohlenmarkt
von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr
an der Theaterkasse. (6195)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Freie Volksbühne

Sonnabend, d. 25. März, 7 1/2 Uhr in der Aula
des Städtischen Gymnasiums (Winterplatz):

**I. Literarischer Abend
HERMANN LÖNS**

Willibald Omskowsk (Einkl.-Vortrag)
Frieda Reginald (Liebeslyrik) vom
Arthur Armand (Prosa) Stadt-
Carl Klawer (Lieder zur Laute) theater

Eintrittspreis 3 Mk. Karten erhältlich in den Buchhandlungen
von F. W. Burew, Langgasse, Fiebig, Langfuhr,
Hauptstraße 13 und „Volkstimme“. Am Spandhaus 6.
— Mitgliedskarte ist vorzulegen.

Robert Ehmann

Altstädtischer Graben 3
neben der Tabakfabrik M. A. Hasse.
Tuch-, Manufaktur-, Kurz- und Wollwaren
Anfertigung eleg. Herrengarderobe nach Maß
Damen-Kostüme und Mäntel.
Solange alter Vorrat, noch günstige Kaufge-
legenheit zu niedrigen Preisen. (6020)

Lichtbild-Theater
III. Damm 3. (6306)
Spielplan
vom 22. bis 24. März 1922
Das Vermächtnis der Prärie
(Bull Arizona-Serie)
Original-Cowboy- u. Wildwestdrama in 6 Akten.
Im Abgrund des Hasses!
Sensations-Kriminaldrama in 6 Akten.
Ich mache auf dieses Programm
ganz besonders aufmerksam.

520 Mk.
1 Gramm Platin
Ankauf Verkauf
20 Mk. Gold . . 1170 | Bruchgold 585 Gr. 84
Bruchgold 900 Gr. 136 | „ 333 „ 45
„ 750 „ 105 | Bruchsilber 6r. 250
Ketten, Ringe, Löffel, Bruch, Uhren, Brennstifte,
Pflandscheine, Zahngebisse zu höchsten Preisen
kauft nur (6307)
Metallbüro Noll
G. m. b. H.
DANZIG ZOPPOT
II, Damm 9, 1 Treppe. Am Markt 12, Laden

Zahn-Kranke
werden sofort behandelt. Neue
Gebisse, Reparaturen in einem
Lage. Spezialität: Gebisse ohne
Platte. Gold-Kronen usw. unter
voller Garantie.
Dankschreiben über schmerzloses
Zahnziehen. Niedrige Kostenbe-
rechnung.
Institut für Zahnleidende
Telef. 2621 Pfefferstadt 71 I Telef. 2621
Durchgehende Sprechzeit von 8—7 Uhr.

3 Merkmale
meines
fabelhaft billigen
Ausverkaufs
(wegen Hausumbaus)
Herren-Anzüge . 875, 875, 1075 u. h.
Sommer-Winter, Schlupfer 850, 1050,
1250 u. h.
Keine Zollkalkulation
Enorme Warenvorräte
Verblüffend billige Preise
Cutaway m. Weste 750, 950, 1050 u. h.
Herren-Hosen . . 125, 165, 195 u. h.
Herren-Hüte . . von 55 an
Elegante Maßanfertigung
Reichhaltiges Stofflager
Fabelhaft billig
Jeder Kunde erhält während des Ausverkaufs
einen **Extra-Rabatt von 10%**
Trotz meines enormen Lagers besteht die
Möglichkeit, daß die besten Sachen schnell
vergriffen sind. Deshalb kommen Sie sofort.
Hirsch 1. Damm 5
2. Etage
Aeltestes Etagegeschäft für bessere
Herren-Bekleidung. (6242)

Haare Nähmaschinen
kauft zu höchstem Preis
Robert Kieffeld, L. Fensefau & Co.
Saarhandl., Breitgasse 6. Petersiliengasse 6.

Stroh-
Panama-
Velour-
Filz-
Hüte
für Damen und Herren
werden in unserer hiesigen Fabrik nach neuesten
Formen bei sorgfältigster Ausführung in
kürzester Zeit
umgepreßt,
gewaschen und gefärbt.
Stroh- und Filzhut-Fabrik
Hut-Bazar zum Strauß
Annahmestelle
nur Lawendelgasse Nr. 6-7.
(gegenüber der Markthalle). (619)

Kleine Anzeigen
in unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.
Noch alte Preise!
Ohne Zollaufsatz!
Feldgraue Joppen . . 125 M. u. h.
Damenmäntel . . . 200 „ u. h.
Kinderanzüge . . . 100 „ u. h.
Herrenanzüge . . . 500 „ u. h.
Burschenanzüge . . 350 „ u. h.
Militärhosen, Arbeitshosen,
Manchesterhosen zu Fabrikpreisen.
Nur in den Verkaufsstellen von
Kurt Becker,
4. Damm 11, 1 Tr. u. Häkergasse 9, Laden.
Telephon Nr. 6330. (6219)

Dicke Salem Gold
Feinschmecker rauchen:
Zigaretten
Nr. 40 rote Packung 40 Pfg. das Stück
Nr. 50 grüne Packung 50 Pfg. das Stück Ueberall
Nr. 60 orange Packung 60 Pfg. das Stück erhältlich
Fata Morgana Gold und Kork 60 Pfg. das Stück
Cigarettenfabrik „Yenidze“ · Danzig-Langfuhr